

Politicum

Das Magazin der Fachschaft

Politik & Soziologie



Du hast die Wahl!



Liebe
Leserinnen
und Leser,

willkommen zu einer
neuen Winterediti-
on des Politicum.
Ein wahnsinniges Jahr
2016 liegt hinter uns:
Der Krieg in Aleppo,

der Putsch und seine Folgen in der Türkei, Terrorat-
tentate in Frankreich, Deutschland und eigentlich
überall auf der Welt, der Brexit, die Trump-Wahl.
Aufgrund einiger Ereignisse aus der jüngsten Ver-
gangenheit im globalen wie auch im universitären
Raum möchten wir in dieser Ausgabe auf das The-
ma Partizipation eingehen und seine Bedeutsam-
keit hervorheben.

Im Essay-Teil erwarten euch zwei Beiträge die je-
weils Risiken und Chancen des neuen US-Präsi-
denten Donald Trump darstellen. Darüber hinaus
erwarten Euch wie immer zwei Interviews, dieses
Mal mit Prominenz aus der Soziologie: Das Inter-
view ohne Worte wurde mit Moritz von Stetten ge-
führt, das Dozenteninterview mit Prof. Dr. rer. pol.
Doris Mathilde Lucke.

Die Themenvielfalt der aktuellen Ausgabe ist groß.
So findet Ihr auch Beiträge und Meinungstexte
zur Lage der Demokratie in Myanmar oder einen
kleinen Umriss zu den nach wie vor brisanten Ver-
handlungen mit der VG-Wort. Außerdem gehen
wir auf die Objektivität von Studierenden und Do-
zierenden sowie auf die Erasmusstiftung der AfD
ein. Den Abschluss bilden Kommentare der Bonner
Bürger zur anstehenden Wahl des deutschen Bun-
despräsidenten.

Vielen Dank auch an alle, die dieses Mal an der Ge-
staltung der Ausgabe mitgewirkt haben! Auch wenn
ich die letzten Ausgaben bereits unterstützt habe ist
die Rolle als „Chefredakteurin“ neu für mich, wes-
halb ich mich umso mehr über die Unterstützung
meiner Vorgängerin gefreut habe.

Wenn auch Ihr Lust habt in Zukunft am Politicum
mitzuwirken meldet Euch gerne bei Eurer #Lieb-
lingsfachschaft oder direkt bei mir.

Viel Freude beim Lesen!
Nora Benz

Inhalt

4 Ohne Worte

antwortet Moritz von Stetten

6 „Wir sind möglicherweise auf dem Weg zu Eingeschlechtlichkeit oder Zwitterwesen.“

Prof. Dr. rer. pol. Doris Mathilde Lucke im Interview

9 Titelthema – Partizipation: Du hast die Wahl!

14 Demokratie in Myanmar

16 Point of View – [K]Ein TRiUMPf für die USA?

Kein TRiUMPf für die USA
& Wir wissen, dass wir nichts wissen

20 Drei Themen, drei Meinungen

24 Freiheit vs. Sicherheit

Islamismus als Extremismusform. Herr
Altaş von der IGMG im Interview

27 Impressum



Liebe Kommilitoninnen, liebe Kommilitonen,

das Semester neigt sich mit großen Schritten dem Ende zu, was uns veranlasst, das vergangene Semester noch einmal revue passieren zu lassen.

So startete das Wintersemester mit erfolgreichen Erstsemester Tagen und mit tollen Exkursionen, beispielsweise zur Deutschen Welle, zum Verteidigungsministerium oder Führungen durch das Bonner Regierungsviertel. Nach der obligatorischen Orientierungswoche und dem Erstsemester-Wochenende, folgte als Einstimmung für alle Studierenden die traditionelle Semesterparty. Dieses Mal unter dem Motto „Two Party System“ in Anlehnung an die bevorstehende Präsidentschaftswahl.

Am Tag nach der Wahl („The Day After – eine Rückkehr zur Politik?“) kamen die Studierenden in Scharen in den Hörsaal XVII, um auf ihren „Wahlnachtschock“ Antworten zu finden. In Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung (Abteilung für Politische Bildung) stellten sich vier Referent*innen den Ursachen und

Fragen, die es nach dieser Nacht zu beantworten galt. Nach dem Trubel der US-Wahl konnte das Ringseminar mit dem Thema „Freiheit vs. Sicherheit“ aktuelle Debatten aufgreifen und mit Studierenden kontrovers diskutieren. Leider konnte die zweite Veranstaltung des Ringseminars „Islamismus als Extremismusform?“ aufgrund von kurzfristigen Absagen und dem dadurch nicht breit gefächertem Spektrum an Positionen, nicht stattfinden. Im Zuge dessen wurde Kritik am Vertreter der IGMG, Herrn Altaş, geäußert, sodass wir ihm in dieser Ausgabe des Politicums die Möglichkeit bieten wollen, sich den kritischen Fragen der Studierendenschaft zu stellen.

Kurz vor dem Jahreswechsel wurde die Weihnachtsfeier der Fachschaft traditionell von den Erstsemestern organisiert. Mit Herrn Dr. Becker als Weihnachtsmann stellten sie einen besinnlichen Vertreter des Instituts, der mit einer Überraschung, in Person von Herrn Dr. Best, auftrumpfen konnte. In ihrem Geschenkesack hatten sie neben kleinen Nascherein auch eine Weih-

nachtsgeschichte in Anlehnung an ihre Zeiten in der Fachschaft Politik und Soziologie.

Falls wir Euch hiermit neugierig gemacht haben: Für alle Motivierten unter Euch, die sich in der Fachschaft engagieren möchten, kommt einfach zu einer unserer Sitzungen vorbei! Wir treffen uns jeden Mittwoch um 20 Uhr (c.t.) im großen Übungsraum. Außerdem sind wir für Euch montags bis donnerstags jeweils von 12 bis 13 Uhr in unserem Büro in der Lennéstraße 27 erreichbar. Auch in der vorlesungsfreien Zeit besteht mittwochs von 13 bis 14 Uhr die Möglichkeit, mit Euren Fragen vorbeizukommen.

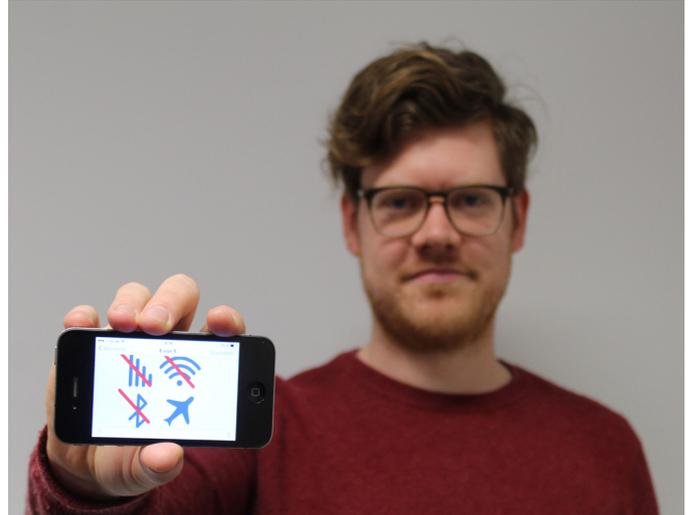
Wir können Euch jetzt nur noch eine erfolgreiche Klausuren- und Hausarbeitsphase, eine erholsame vorlesungsfreie Zeit und viel Spaß beim Lesen des Politicums wünschen.

Im Namen der gesamten Fachschaft,

Katharina Hueske
& Janosch Ptassek

Ohne Worte

Name: Moritz von Stetten, M.A.
Ausbildung: Magisterstudium der Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie an der Universität Heidelberg, Studium der Politikwissenschaft und Soziologie an der University of Manchester, Promotionsstipendiat der a.r.t.e.s. Graduiertenschule der Universität zu Köln
Beruf: Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Kulturosoziologie (Prof. Dr. Clemens Albrecht), Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie
Status: Doktorand



Welchen Tipp haben Sie für prokrastinierende Studierende?



Welche soziologischen Theorien finden Sie am häufigsten in Ihrem Alltag wieder?



Was ist für Sie das Faszinierendste an der Soziologie?

von Jule Hoffmann und Aileen Völlger



Wie sieht für Sie ein perfektes
Wochenende aus?



Was ist Ihnen bei Ihrem ersten
Besuch in Bonn am deutlichsten
in Erinnerung geblieben?



Was ist Ihr liebstes Reiseziel?



Welche soziologischen
Persönlichkeiten interessieren Sie
besonders?

„Wir sind möglicherweise auf dem Weg zu Eingeschlechtlichkeit oder Zwitterwesen.“

Aufgrund hervorragender Leistungen in Forschung und Lehre erhielt Prof. Dr. rer. pol. Doris Mathilde Lucke 1998 die Bezeichnung 'außerplanmäßige Professorin' durch den Rektor der Universität Bonn, auf Vorschlag der Philosophischen Fakultät verliehen. Wir sprachen mit der Diplom-Soziologin über ihren Werdegang und ihre Forschungsschwerpunkte.

von Nurefsan Sereflican, Karina Blumen und Miriam Schmidt

Frau Prof. Dr. Lucke, vielen Dank, dass Sie sich zu diesem Gespräch bereit erklärt haben. Zunächst möchten wir etwas über Ihre akademische Laufbahn erfahren. Wie sind Sie nach Bonn gekommen?

Nach Bonn gekommen bin ich über einige Umwege. Ich habe in München Soziologie studiert und mit Diplom abgeschlossen, was es in der Form heute ja gar nicht mehr gibt. Ich bin also tatsächlich noch eine echte Diplom-Soziologin. Promoviert habe ich an der Staatswirtschaftlichen Fakultät der Münchner LMU zur Dr.rer.pol. (rerum politicarum) - vielleicht ein Grund, weshalb ich mich an unserem gemeinsamen Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie fachlich beheimatet und disziplinar zu Hause fühle. Nach Studium und Promotion bin ich dann recht schnell in die freie Wirtschaft gegangen, lehrte an der Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft und war Dozentin für Menschenführung und Betriebsorganisation. Die Akademie war damals eine der führenden Manager-„Schmieden“ Deutschlands. Dort habe ich sehr viel gelernt, bald aber auch gemerkt, dass die Welt des Geschäfts und des großen Geldes nicht die einzige und auf Dauer nicht die meinige ist. Als ich studiert habe, war die Soziologie relativ marxistisch, und es galt als unanständig, sozusagen als Klassenfeind auf die Arbeitgeber- und Unternehmensseite zu wechseln. Ich habe mich das aber

wider anderen Anratens getraut, und noch heute wundere ich mich darüber, dass ich diesen Seitenwechsel von der Wirtschafts-Akademie ins Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung auf Anrieb geschafft habe. Dort war ich Forschungsreferentin in der sozialwissenschaftlichen Politikberatung und machte überwiegend Auftragsforschung. Auch da habe ich nach einiger Zeit erkannt, dass diese Tätigkeit meinen persönlichen Anlagen und Interessen nicht wirklich gerecht wurde und entdeckte den Wunsch und auch den Ehrgeiz, selbständig und von meinen eigenen Erkenntnisinteressen geleitet zu forschen und auch zu lehren.

„Ich hatte mit 18 Jahren Abitur und wollte vor allem eins: kein vorprogrammiertes Leben.“

Als am Lehrstuhl von Prof. Fürstenberg am damaligen Seminar für Soziologie auf der Bonner Adenauerallee eine Assistenz frei wurde, habe ich mich auf die Stelle beworben und sie auch bekommen. Die Zeit als Assistentin habe ich unter anderem dafür genutzt, zu habilitieren. Ich bin die erste Person überhaupt - nicht nur die erste Frau - die die *venia legendi*, also die Lehrbefugnis, für das Fach Soziologie an der Philosophischen Fakultät der Bonner Universität erlangt hat. Insofern bin ich also auch ein Stück Bonner Universitätsgeschichte. Zwischenzeitlich hatte ich Gastprofessuren und Ver-

tretungen in Zürich, Salzburg und an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit 1998 bin ich am Institut die erste und bislang einzige Professorin für Soziologie.

Kommen wir doch nochmal zurück auf Ihre Zeit an den Universitäten in Berlin, Zürich und in Salzburg. Gibt es Unterschiede zur Universität Bonn? Wie würden Sie die Universität Bonn einschätzen?

Ich muss sagen - und das sage ich nicht nur für Schönwetter-Portraits - dass ich mich an allen vier Universitäten wohlfühle bzw. wohlgeföhlt habe. Das Fach Soziologie wird - wie auch der Kontakt zu den Studierenden - nie langweilig und ich bin noch immer genauso gerne Soziologin und Hochschullehrerin wie zu Beginn meiner Berufstätigkeit. Tatsächlich habe ich noch nie gedacht: ‚Hättest du mal besser etwas Anderes gemacht‘. Jedoch Zürich, zum Beispiel, ist insgesamt überhaupt nicht universitär geprägt. Als jemand, der gerne auch mal ausgeht, ist mir schnell aufgefallen, dass es dort keine Studentenviertel oder -kneipen gibt. Und auch die Studentinnen und Studenten sahen fast alle aus wie gehobene Büroangestellte: die Frauen Kostüm, die Männer Anzug, beide Aktenkoffer. Dass sie in den Lehrveranstaltungen nicht reines „Schwyterdütsch“ sprachen, werde ich ihnen nie vergessen. Salzburg dagegen ist ganz anders. Dort war ein Hörsaal, mein absoluter Lieblings-

lehrraum, mit Gebirgsblick so atemberaubend schön, dass ich manchmal während der Vorlesung aus Versehen aufgehört habe weiter zu sprechen, weil ich so fasziniert war von dem Ausblick. Ebenfalls in Erinnerung geblieben ist mir, dass in Österreich generell sehr viel Wert auf Titel, vor allem akademischer Provenienz, gelegt wird. Selbst Kollegen untereinander haben sich mit „Herr Professor“ oder sogar „Herr Magister“ angeredet. Das genaue Gegenteil der US-amerikanischen „Duz“-Kultur - und von der Universitätsverwaltung musste ich „nostrifiziert“, also österreichisiert, werden. Ein Sprung nach Berlin: international und weltoffen nicht nur - aber auch - für Gender-Fragen. Das war für mich eine echte Herausforderung mit vielen Denkanstößen, aber auch Widersprüchen, was zu zahlreichen kritischen und teilweise kontroversen Diskussionen führte. Das hat mich sehr an die Zeit meines eigenen Studiums erinnert.

Hier in Bonn wiederum finde ich es allein schon deshalb inspirierend, mit Dienstsitz auf der Lennéstraße zu residieren, dazu der berühmten Hofgarten, das Arithmeum und die Nasse-Mensa in unmittelbarer Nähe und das rund um das Institut pulsierende studentische Leben - von unserem Institutspark ganz zu schweigen! Ich hoffe, dass die Universität Bonn dieses akademische Flair weiter pflegt. Eine Stadt als Arbeitsumfeld, in der Universität und universitäres Leben auch außerhalb der Mauern der alma mater so präsent sind, empfinde ich als großes Privileg.

Nun würden wir gerne auf Ihre aktuellen Forschungsinteressen zu sprechen kommen: Woran arbeiten Sie momentan?

Momentan beschäftige ich mich mit einem neuen, noch relativ jungen Gebiet, der Sozionik. Den Begriff kennen im Gegensatz zur Bionik, die sich damit befasst, wie Technik sich Naturphänomene zu eigen macht - also die Biologie nachahmt - bislang nur wenige.

„Szonik“ ist - wie die „Soziologie“ - ein Kunstwort und steht für eine Verbindung aus Soziologie und Informatik. Im Kern geht es um Übergänge zwischen Mensch und Maschine und um die Frage, wie Maschinen den Menschen immer ähnlicher werden und aus Menschen Maschinen werden.



Vor ungefähr zehn Jahren hatte ich eine Doktorandin, die schon damals Chatbots, also Mensch-Maschinen-Hybride, untersuchen wollte, wie sie seinerzeit vor allem für Werbezwecke und im Verkauf eingesetzt wurden. Nach anfänglichen Vorbehalten ließ ich mich auf ihren Vorschlag ein: ein riskantes, aber, wie sich herausstellte, hochinteressantes, innovatives und zukunftsweisendes Thema! Das Promotionsprojekt beinhaltete unter anderem Experimente zur Lernfähigkeit dieser Chatbots, und am Ende entstand daraus ein äußerst lesenswertes Buch mit dem Titel „Cyber Gender“. Dass meine Doktorandin dafür mit einem wissenschaftlichen Nachwuchspreis ausgezeichnet wurde, hat mich als ihre Doktormutter natürlich ganz besonders gefreut und auch ein bisschen stolz gemacht! In der Folge setzte ich mich verstärkt mit der Thematik auseinander und bekam im WS 2015/16

eine Anfrage von den Bonner Medienwissenschaften zur Beteiligung an der Ringvorlesung: „Die Maschine - Freund oder Feind? Mensch und Technologie im digitalen Zeitalter“, zu der ich einen Vortrag mit dem Titel „Perfekte Menschen - Defekte Maschinen“ beigesteuert habe. Damit war ich auf ein Thema gestoßen, das ich als mindestens genauso wichtig erachte wie zuvor die Geschlechter-Thematik. Geschlechter sind, wovon mittlerweile über die Gender Studies hinaus ausgegangen wird, nicht bipolar, also nicht nur entweder Mann oder Frau. Für die Sozionik vertrete ich analog dazu die These, dass die Entwicklung im Verhältnis von Mensch und Maschine in eine ähnliche Richtung gehen wird. Bereits jetzt sind wir teilweise künstlich und bestehen aus High Tech: Denken Sie an Zahnimplantate, Herz- und Hirnschrittmacher oder künstliche Hüften. Wenn Sie Ihr Smartphone in der Hand halten, sind Sie jederzeit und überall ortbar - praktisch ein permanent Daten produzierendes und versendendes Ich - das technische Gerät, wie der Handy-Daumen, ein angewachsener Körperteil.

Ein damit zusammenhängendes Thema, womit ich mich momentan ebenfalls beschäftige, sind die Reproduktionstechnologien. Auch da beobachte ich eine Umkehrung. Ging es mit der sexuellen Revolution um Sexualität ohne Fortpflanzung, so haben wir mit den heutigen reproduktionstechnologischen Möglichkeiten, etwa der künstlichen Befruchtung, die Option auf Fortpflanzung ohne Sexualität. Die klassische Einteilung in zwei Geschlechter ist darauf begründet, dass es Menschen gibt, die zeugungsfähig sind und deshalb Männer genannt werden, und Menschen - Frauen per definitionem - die gebärfähig sind. Wenn diese Anknüpfung der Geschlechtszugehörigkeit an zwei voneinander unterschiedene Fähigkeiten und zueinander komplementäre reproduktive Potenzen, nun nicht mehr zwingend notwendig ist und die menschliche Fortpflanzung auch von Geschlechtskörpern

entkoppelt stattfinden kann, fällt diese ehemals grundlegende Unterscheidung wie ein überflüssig gewordenes Kartenhaus in sich zusammen. Inzwischen ist es medizintechnisch sogar schon möglich, aus bestimmten Arten von Stammzellen wahlweise sowohl männliche als auch weibliche Keimzellen zu generieren.

„Es war mir schon immer ein Anliegen, Grenzen zwischen den Natur- und Geisteswissenschaften zu überwinden, so wie diejenigen zwischen Soziologie und Technik.“

Das heißt: wir sind möglicherweise auf dem Weg zu Eingeschlechtlichkeit oder Zwitterwesen. Das sind für mich aufregende und die wissenschaftliche Neugier herausfordernde Themen - gerade auch für die Soziologie als eine hierfür prädestinierte Übersichts- und Zusammenhangswissenschaft, die ganz viele, scheinbar voneinander unabhängige Aspekte zusammenbringt. Die Reproduktionstechnik ist nicht nur eine Sache von Medizinerinnen und Humaningenieurinnen. Jede neue Technologie hat immer auch nichttechnische und oft sehr weitreichende gesellschaftliche und politische Folgen, die bedacht werden müssen. Es war mir schon immer ein Anliegen, Grenzen zwischen den Natur- und Geisteswissenschaften zu überwinden, so wie diejenigen zwischen Soziologie und Technik.

Nach meiner festen Überzeugung gibt es kein anderes Fach, das so viele inhaltliche Andock- und Vernetzungsmöglichkeiten bietet. Umso mehr freut es mich, dass soziologische Expertise immer häufiger nachgefragt wird. In Expertengremien, der Technikfolgenabschätzung, in Gesetzgebungsverfahren oder Ethikkommissionen, werden (fast) immer auch (mindestens) eine Soziologin oder ein Soziologe berufen.

Was macht der technische und medizinische Fortschritt mit dem Menschen und mit seiner Identität?

Stellen Sie auch ethische und rechtliche Fragen?

Die Folgen der Reproduktionstechnik - etwa für Familienkonstellationen, Geschlechterverhältnisse oder Identitätskonstruktionen - werfen jede Menge moralische sowie Rechtsfragen auf. Nach deutschem Recht haben Kinder maximal zwei Elternteile. Das Elternpaar muss nun aber nicht mehr unbedingt aus (einem) Vater und (einer) Mutter bestehen, es können auch zwei Mütter oder zwei Väter sein. Von wem stammen jedoch Kinder ab, wenn sie durch technisch assistierte Fortpflanzung entstanden sind? Samenbanken mit anonymen Spendern oder Leihmütter im Ausland führen beispielsweise dazu, dass es auch in Deutschland immer mehr Menschen ohne eindeutige, biologisch rückverfolgbare Identität gibt. Mit Reproduktionstechnologien und deren zunehmendem Einsatz wurde meines Erachtens eine rote Linie überschritten, die das Potenzial hat, die Grundfesten unserer gesamten Gesellschafts- und Geschlechterordnung nachhaltig zu erschüttern. Menschheitsgeschichte und gesellschaftliche Entwicklung gehen nicht nur in Richtung Industrie 4.0, sondern auch in Richtung Menschheit 2.0. Das Ganze lässt sich noch weiterdenken. In Deutschland ist die Leihmutterchaft im Gegensatz zur Samenspende (noch?) rechtlich verboten, in anderen Ländern bereits erlaubt. Das heißt: Sie können heute schon Körperteile und -funktionen auf dem Fertilitätsmarkt anbieten, diese vermieten und auch verkaufen. Und es ist nur noch ein weiterer Schritt, künstliche Gebärmutter, etwa mit einem 3D-Drucker, zu bauen. Die Soziologie ist zwar keine normative Wissenschaft, aber als Soziologin kann ich auf bestimmte Dinge hinweisen und zu Fragen anregen, die früher undenkbar gewesen wären. Die Soziologie erkennt und durchschaut vermeintliche Selbstverständlichkeiten, die für Alltagsmenschen in ihrer menschengemachten Konstruiertheit und der daraus folgenden prinzipi-

ellen Veränderbarkeit so nicht wahrnehmbar sind.

Was halten Sie von den Soziologie-Studierenden in Bonn? Haben Sie etwas, das Sie uns mit auf den Weg geben können?

Was mir in Bonn gut gefällt, ist der - davon gehe ich aus - über dem Bundesdurchschnitt liegende Vorzug, mit sehr, sehr klugen und vielfach hochreflektierten Studentinnen und Studenten gemeinsam lernen, diskutieren und arbeiten zu können. Man kennt das ja von den alten Griechen, dass immer die jeweils nächste Generation den Weltuntergang einläutet. Überall vernimmt man, dass „die heutige Jugend“ schlecht oder die jetzige Studierendengeneration uninteressiert und unmotiviert sei. Davon halte - und bemerke - ich so gut wie nichts.

Persönlich habe ich mich für das Studium der Soziologie entschieden, weil es ein Fach ohne festes Berufsbild war. Ich hatte mit 18 Jahren Abitur und wollte vor allem eins: kein vorprogrammiertes Leben. Die Soziologie war deshalb für mich genau das Richtige. Ich konnte mir alles offenhalten, mutig ins kalte Wasser springen und das machen, was mich - und hoffentlich viele Menschen um mich herum - am meisten interessiert. Die wichtigste Befähigung und Eintrittsvoraussetzung für den HochschullehrerInnenberuf sind für mich Begeisterung für das eigene Fach und Begeisterungsfähigkeit. Dazu muss man selbst nicht einmal so wahnsinnig viel wissen, aber eine gewisse Leidenschaft verspüren und diese auch versprühen. Wenn mir das gelingt und Studierende, manchmal nach Jahren, sagen: ‚Frau Lucke, wenn Sie damals nicht gewesen wären, dann hätte ich das Studium abgebrochen‘, dann ist das für mich größtes Lob und höchster Lohn zugleich.

Wer hat gewählt?

Erschütternd niedrige Wahlbeteiligung unter Politikstudierenden

von Luca Rausch

17. Juni 2016 – die Wahlurnen sind geschlossen und im großen Übungsraum des Instituts für Politische Wissenschaft und Soziologie werden die Stimmen für die neuen VertreterInnen der Fachschaft Politik und Soziologie ausgezählt. Nach der Auszählung wird feststehen, wer die Interessen der Studierenden vertreten wird.

Die FachschaftsvertreterInnen sind das Sprachrohr der Studierenden gegenüber dem Institut, dem AStA und der Universität. Mit der Fachschaftswahl wird entschieden, an wen die Studierenden sich bei Beschwerden und Fragen wenden können und wer für die Austragung verschiedener Veranstaltungen zuständig sein wird. Die neuen VertreterInnen werden außerdem die Einführungsveranstaltungen abhalten, ohne die die meisten Erstis wohl aufgeschmissen wären.

Abgesehen von diesem instrumentellen Nutzen oder Schaden, den der Ausgang der Wahl für die Studierenden hat, stellt sich aber doch insbesondere für Studierende des Studi-

enfaches Politik die Frage, inwiefern die Beteiligung an einer Wahl „[...] nicht nur Mittel zum Zweck, sondern auch Ziel und Wert an sich“ (Rainer-Olaf Schultze) ist. Die drei Damen, die die Stimmen auszählen, können an diesem Tag wohl früher Feierabend machen, wie es scheint. Die Auszählung beginnt um 12:00 Uhr und endet bereits um 13.30 Uhr.



Das liegt daran, dass 149 Stimmen recht schnell ausgezählt sind; die Anzahl der abgegebenen Stimmen der

FSV-Wahl 2016. Damit liegt die Wahlbeteiligung bei knapp unter 18% (848 Wahlberechtigte). Außerdem wurde nur ein Wahlvorschlag eingereicht, wodurch es zu einer Mehrheitswahl kommt. Alle gelisteten Kandidaten und Kandidatinnen werden die neuen VertreterInnen der Fachschaft sein.

Wie die geringe Wahlbeteiligung bei anderen Wahlen und auf anderen Ebenen, wirft auch dieses Ergebnis Fragen auf: Wird die Fachschaft überhaupt adäquat repräsentiert? Wie sieht es mit der Legitimation ihrer VertreterInnen aus? Was ist der Grund für die Nichtwahl? Kein Interesse? Fehlende Kenntnis über das Stattfinden der Wahl? Oder gar Zufriedenheit?

Dieser Artikel kann leider keine Antworten auf diese Fragen geben, soll jedoch als Denkanstoß und Bitte um die Wahlbeteiligung aller Studierende dienen.

DU BIST DIE FACHSCHAFT.

Du hast eine Frage, aber weißt nicht, an wen Du Dich wenden kannst? Du hast Startschwierigkeiten oder ein anderes Problem? Dann wende Dich an uns! Wir helfen Dir weiter oder wissen zumindest, von wem Du die nötigen Antworten bekommen kannst. Komm in unsere Sprechstunde, ruf an oder schreib eine E-Mail. Oder möchtest Du vielleicht selbst aktiv werden, mit interessanten Menschen etwas bewegen, anderen helfen oder Artikel verfassen? Du möchtest einen

Vortrag organisieren, eine Podiumsdiskussion? Oder eine Filmvorführung mit anschließender Diskussion? Einen Themenabend, eine Vortragsreihe? Du planst eine Exkursion? Du weißt, was Dich stört und Du willst Dinge verändern? Bring Dich ein und probiere Dich aus! Du wirst überrascht sein, was alles möglich ist! Komm in unsere Sitzung und bring Deine Ideen ein. Jeden **Mittwoch** im Semester um 20 Uhr c.t. im **großen Übungsraum** des Instituts oder schreib uns eine E-Mail:

sprechstunde@fs-sozpol.de



WE WANT YOU

Eine neue parteinahe Stiftung.

Partizipationschance oder Demokratierisiko?

von Magnus Bolten

Zur Förderung begabter Arbeiter*Innen und zu Ehren des ersten demokratisch gewählten Reichspräsidenten Friedrich Ebert wurde die Friedrich-Ebert-Stiftung 1925 als erste deutsche parteinahe Stiftung gegründet. Im Laufe der Jahrzehnte entstanden weitere zahlreiche Stiftungen, die von der Bundesrepublik finanziell unterstützt werden. Politische Stiftungen eröffnen einen weiteren Kanal gesellschaftspolitischen Engagements. Während die politischen Parteien allzu oft gefangen scheinen zwischen Wahlkampf, politischem Profil und Rechtfertigungsnot gegenüber der Bevölkerung, verkörpern die politischen Stiftungen in Deutschland die „Stimme aus dem Off“. Den Grundwerten der jeweiligen Partei verschrieben, sind sie weniger dem parteipolitischen Programm hörig als grundsätzlich der Förderung der demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik. Außerdem widmen sie sich der Bildungsarbeit, internationaler und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit und weiteren Themenfeldern mehr.

Aber was passiert jetzt? 2015 wurde eine der Alternative für Deutschland (AfD) nahe politische Stiftung gegründet, die mit dem wohl unvermeidlichen Einzug dieser Partei in den Bundestag ihren Anteil an finanzieller staatlicher Unterstützung einfordern wird. Die Desiderius Erasmus von Rotterdam-Stiftung werde als externer ThinkTank zur Förderung AfD-naher politischer Ideen gedacht und sei nach dem Europasymphisanten Desiderius von Erasmus benannt, weil „der sicherlich auch gegen eine unvernünftige Einheitswährung wie den Euro gewesen wäre“, so AfD-Sprecher Christian Lüth im Gespräch mit der Zeit-

schrift DER SPIEGEL im März 2015. Sollte es wirklich so kommen und die AfD-Stiftung in diesem Jahr ihre ersten staatlichen Finanzmittel erhalten, muss man fürchten, dass die Bundesregierung nationalistische Ideen und die entsprechende „Bildungsarbeit“ fördert. Doch lautet das deklarierte Ziel der Stiftung unter anderem lediglich, „staatsbürgerliche Bildung [zu] fördern und die Ausbildung begabter junger Menschen [zu] unterstützen“, so Konrad Adam, Vorstandsvorsitzender der Erasmus-Stiftung.



Auch wenn die Alternative für Deutschland eine im politischen Spektrum rechtlich anerkannte Partei darstellt, ist spätestens nach dem Rücktritt Bernd Luckes deutlich geworden, dass man stets ein Auge auf sie haben sollte. Es stellt sich die Frage, wie sich eine Erasmus-Stiftung, dem Leitbild der AfD verschrieben, auswirken wird. Ganz zu schweigen von den Missverständnissen, die der Name der Desiderius Erasmus von Rotterdam-Stiftung mit sich bringt, wenn in Europa der Name Erasmus für das Erasmus+-Programm der Europäischen Union steht, das durch den Austausch

europäischer Studierender Völkerverständnis, interkulturelle Kompetenzen und Weltoffenheit fördert. Vielleicht gibt es aber auch keine Missverständnisse. Vielleicht verkörpert die AfD mit ihrer vor Gründung schon bankrotten Stiftung auch den europäischen Gedanken und kann sich nichts Besseres vorstellen, als mit den anderen (parteinahen) Stiftungen, Begabtenförderwerken und dem Erasmus+-Programm zusammenzuarbeiten. Das ist es! Wieso erkennt es denn keiner? Die Stiftung entspricht den Grundwerten der Partei: Pro Europa, bloß Anti Euro. Pro Nationalstaat, nur nicht demokratisch und dafür umso mehr nationalistisch. Für den kleinen Mann, aber bitte den aus dem völkischen Elternhaus, das die deutsche Überlegenheit vererbt. So ist doch alles gut. Mit der Erasmus-Stiftung wird das Spektrum erweitert, in dem Studierende und Promovierende gefördert werden können. Statt konkreter Förderung sozial benachteiligter Studierender werden dem völkischen Gedankengut, dem Rassismus und dem eingestäubten Rollenverständnis endlich, endlich wieder zu neuem Glanz und längst überfälligem Ansehen verholfen.

Zum 100-jährigen Jubiläum der Stiftung im Jahre 2115 mag ein würdiger Kommentar in der stiftungsinternen Zeitschrift RÜCKWÄRTS dementsprechend etwa so beginnen: „Zur Förderung rechtsblau-reiner Schlechtmenschen und im Widerspruch zur humanistisch-europäischen Grundhaltung unseres Namensgebers Desiderius Erasmus von Rotterdam, gründete der, allzu oft zerstrittene, AfD-Parteivorstand die Desiderius Erasmus von Rotterdam-Stiftung 2015 als erste wirklich deutsche Stiftung.“

Das Engagement ist tot?

Ein Kommentar zur letzten Vollversammlung des Institutes

von Christiane Suchanek

Es schlug Viertel nach Sechs am Abend des 12. Juli, als die Vollversammlung des Institutes für Politische Wissenschaft und Soziologie eröffnet wurde. Eingeladen waren alle Studierenden, Mitarbeiter und Professoren des Institutes für Politische Wissenschaft und Soziologie, um gemeinsam über die Reakkreditierung der Bachelor- und Masterstudiengänge zu diskutieren. Hierbei ging es um ganz praktische Fragen der Studierbarkeit der Studiengänge, also Fragen von höchster Wichtigkeit für die Zukunft des Institutes und der Lehre.

Schon im Vorfeld der Versammlung öffnete die Fachschaft eine Plattform, auf der Ideen, Anregungen, Kritik und Vorschläge zur derzeitigen Situation am Institut und für die zukünftigen Studiengänge gesammelt wurden. Zwar richtete sich dieses Angebot insbesondere an die Studierenden, doch auch Mitarbeiter und Dozenten durften hier online, aber anonym, ihre Meinung kundtun. Ohne viel Aufwand konnte so jeder an der Versammlung teilhaben. Selbst bei möglichen Sommerstürmen bestand damit die Chance alles, was man an Lob und Kritik auf dem Herzen hatte zu äußern. Doch das Ergebnis der Onlinesammlung war mehr als ernüchternd. Während über die sozialen Kanäle der Fachschaft (wie Facebook) mehrere hundert Leute über das Angebot informiert werden konnten, gingen noch nicht einmal 10 Nachrichten auf der Plattform zur Vollversammlung ein. Auch bei der Vollversammlung am besagten Juliabend kann man nicht von einer Massenveranstaltung sprechen. Obgleich die Themen für alle Menschen am Institut, ganz gleich ob Studierende/r oder Dozent, von Bedeutung sind, war der Hörsaal I recht karg besetzt. Dabei waren die Themen der Versammlung so alltäglich, dass jeder mitdiskutieren konnte: Von den Prüfungsmodalitäten, über die Struktur der Module, der Anmeldung von Seminaren oder Prüfungen über Basis oder Kurse an anderen Ins-

tituten der Uni. Doch waren nicht nur wenige Studierende anwesend, es war auch nur ein Bruchteil der Mitarbeiter des Institutes dabei. Den Anwesenden sei an dieser Stelle ein großes Lob ausgesprochen: Es entwickelte sich eine sehr gehaltvolle Diskussion, bei der Professoren, Mitarbeiter, Studierende und Fachschaftsvertreter ihre Ideen für die Umstrukturierung der Studiengänge austauschten. Insofern hat sich die "Vollversammlung" schon "ge- lohnt" und sollte auch zukünftig wieder veranstaltet werden.



Doch was war an diesem Abend geschehen? Existiert etwa eine mangelnde Partizipationsbereitschaft am Institut? Warum so wenige Studierende an diesem Abend teilnahmen, gab es im Nachhinein viele Erklärungen. So hatten einige keine Zeit; sie mussten arbeiten gehen oder etwas für ihr Studium tun. Andere hatten den Eindruck, dass ihre Stimme nichts an ihrer momentanen Situation ändern könnte. Wiederum andere antworteten resigniert, dass sie keine großen Veränderungen seitens des Institutes erwarteten. Hierbei bleibt eine entscheidende Frage für uns Studierende tatsächlich noch offen: Wurden unsere Vorschläge in die Umstrukturierung der Studiengänge vom Institut aufgenommen? Dies lässt sich bisher nur schwer abschätzen und es bleibt abzuwarten, wie wohl die Studiengänge in Zukunft

aufgebaut sein werden. Die Bereitschaft am Institut etwas zu ändern, zeigte sich jedoch gerade in der Veranstaltung der Vollversammlung. Dass die Mühlen der Universitätsbürokratie nur langsam mahlen und sich Veränderungen oft erst zeigen, wenn man sein eigenes Studium schon beendet hat, ist sicherlich nicht falsch, aber die Stimmen der Studierenden und Mitarbeiter sind der Wind in den Flügeln dieser Mühlen. Ohne sie können Probleme oder Chancen nicht erkannt und Veränderungen nicht angeregt werden. Die Fachschaft fungiert hier zwar als Sprachrohr für die Sorgen und Wünsche der Studierenden, aber auch sie gründet sich auf der freiwilligen Partizipationsbereitschaft der Studierenden. Besonders hier erkennt man gut: Die Partizipationsbereitschaft der Bonner Studierenden ist nicht tot! Die Studierenden wollen sich engagieren und selbst etwas an ihrer Studiensituation ändern. Die Ergebnisse dieses Partizipationswillens erfahren wir Semester für Semester durch selbstorganisierte Ringseminare, Erstsemestereinführungen, Grillabende sowie Mentorats- und andere Beratungsangebote.

Daher sollte es häufiger einen offenen Dialog wie in Form einer Vollversammlung zwischen Lehrenden und Studierenden geben. Möglich wäre etwa eine Institutionalisierung einer regelmäßigen Versammlung in jedem Semester. Wichtig ist, von beiden Seiten - den Studierenden und den Lehrenden - zu signalisieren, dass eine Zusammenarbeit gewollt und geschätzt wird. Und dies nicht nur in Form kleiner, privater Diskussionsrunden zwischen Fachschaftsmitgliedern und Dozenten, sondern als offenes Forum zu dem alle Institutsan- und -zugehörigen eingeladen werden. Das Potenzial für lebendige Partizipation an unserem Institut existiert, jetzt muss diesem nur noch eine organisierte Ausdrucksmöglichkeit gegeben werden.

Neue Friedensbewegung, alte Probleme

von Jennifer Bickhofe

Die neue Friedensbewegung in Deutschland und Teilen Westeuropas sowie Nordamerikas, formierte sich im Dezember 1979 als Antwort auf die negative Entwicklung der Beziehung zwischen NATO und der Sowjetunion. Die bis dahin struktur- und organisationslose Friedensbewegung umfasste Gruppierungen verschiedenster politischer und gesellschaftlicher Einflüsse und war eng verwoben mit Umwelt- und Fraueninitiativen. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die Friedensbewegung in der ersten Hälfte der 1980er Jahre, als sich im Bonner Hofgarten zwischen 250.000 und 350.000 Menschen trafen, um friedlich gegen eine offene Eskalation der Ost- und Westblöcke und die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland zu demonstrieren. 1983 kamen im gesamten Bundesgebiet rund 3 Millionen Menschen zusammen, um sich gegen die Entscheidung einer Raketenstationierung auszusprechen. Die Tatsache, dass Deutschland bei einem atomaren Konflikt zwischen Amerika und Russland zuerst und am stärksten betroffen wäre, erscheint als wichtigster Faktor im damaligen Protest gegen die Aufrüstung und prägte die Friedensbewegung entscheidend und nachhaltig.

Ihren zweiten Frühling erlebte die neue Friedensbewegung nach einer Periode eher stiller friedenspolitischer Aktivitäten. Im Jahr 2003 agierte eine globale Friedensbewegung von historischem Ausmaß. Weltweit engagierten sich Aktivisten gegen den von den USA und Verbündeten geplanten Irakkrieg. Weltweit demonstrierten am 15. Februar 2003 über zehn Millionen Menschen, allein 500.000 Menschen in Berlin.

Die Friedensbewegung existiert bisweilen, auch wenn sich seit 2003 nie wieder solche Menschenmassen mobilisieren ließen und man eher im Kleinen arbeitet. Der Aktivismus und Zuwachs der Friedensbewegung ist seit den Friedensaktionen 2003 stark zurückgegangen und stößt in der breiten

Öffentlichkeit ebenfalls auf mäßiges Interesse. So sieht Philipp Ingenleuf, vom Dachverband Netzwerk Friedenskooperative, das mangelnde Interesse an friedenspolitischen Themen als Ergebnis mangelnder Betroffenheit: „Ich denke, der Hauptgrund für eher mangelnden friedenspolitischen Aktivismus in Deutschland liegt darin, dass die heutige Gesellschaft in Deutschland nicht mehr direkt



von friedenspolitischen Themen tangiert ist. Die Menschen sehen zwar Konflikte in anderen Ländern, aber haben selbst keine Angst vor Krieg oder gewaltsamen Eskalationen. Die Menschen fühlen sich nicht persönlich betroffen.“

Die tägliche Konfrontation mit Krieg und Terror via Fernsehen, Internet und Social Media stehe dem nicht im Wege, meint Sebastian Grieser, Vorstandsmitglied im Bund für Soziale Verteidigung, vielmehr sei eine gewisse Ambivalenz zu spüren. „Auf der einen Seite wissen wir, dass es Kriege gibt und wissen mehr denn je darüber. Trotzdem können wir uns nicht vorstellen, dass derartige Konflikte auch in Deutschland ausbrechen könnten. Vielleicht ist es auch eine Form der Abwehrhaltung, sich nicht tiefgreifend mit diesen Themen auseinander setzen zu wollen und sich mit anderen, den persönlichen Lebensraum betreffenden Themen zu beschäftigen.“ Grieser sieht zudem die

Differenziertheit junger Menschen, die Komplexität politischer und gesellschaftlicher Verflechtungen zu erkennen, als weiteren wichtigen Faktor für das mangelnde Interesse an der Friedensbewegung. „Die Tatsache, dass die Menschen immer mehr Informationen haben und auf Wissen zugreifen können, besser ausgebildet sind, akademische Abschlüsse haben, lässt sie differenzierter denken. Diese Menschen haben gelernt, dass die globale Welt komplex ist und nicht in ein Freund-Feind-Schema zu pressen ist und wie selbstreflexiv man sein sollte.“

Die Friedensbewegung erscheine dagegen häufig veraltet und festgefahren. „Viele Dinge in der Friedensbewegung wirken auf junge Leute eher abschreckend“, sagt Marvin Mendyka, Mitarbeiter beim Netzwerk Friedenskooperative. „Ich denke da zum Beispiel an die Friedenstaube oder, dass seit Jahrzehnten regelmäßig „We shall overcome“ auf Friedensdemos angestimmt wird. Das ist wirklich nicht mehr zeitgemäß.“

Stärker noch als auf weltpolitische Themen bezogen, lässt sich Partizipation häufiger auf der Individualebene beobachten. Dabei geht es dann häufig um Themen der eigenen Wahrnehmung und der eigenen Lebensrealität. In diesem Kontext lassen sich private, individuelle Themen zu politischen Formen, sodass sich, Grieser's Meinung nach, junge Menschen vielleicht fragen, wo sie mit ihrem privaten Handeln politisch sein können und in welcher Gesellschaft sie leben möchten, damit der private Lebensraum so individuell gestaltet werden kann. Ingenleuf betont ebenfalls, dass immer wieder Wellen zivilgesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Engagements zu beobachten seien. So sei dies auch bei den Flüchtlingsbewegungen nach Deutschland zu beobachten gewesen. „Die Flüchtlingskrise 2015 zeigte zivilgesellschaftliches bzw. bürgerschaftliches Engagement von einer anderen Seite. Viele Menschen fühlten sich angesichts

der Notlage der Flüchtlinge angesprochen und wollten direkt helfen. Zu dieser Zeit rückten Fluchtursachen und friedenspolitische Themen wieder stärker in den Fokus und hat viele Menschen bewegt, sich stärker zu informieren und einzusetzen.“ Sowohl Philipp Ingenleuf als auch Sebastian Grieser glauben, dass junge Menschen an der Gestaltung des gesellschaftlichen und politischen Lebens teilhaben möchten. Ingenleuf nimmt jedoch häufig eine gewisse Politikverdrossenheit wahr, welche als eine mögliche Erklärung für mangelnde Partizipation und Aktivismus herangezogen werden kann. „Viele Menschen scheinen eine gewisse Politikverdrossenheit zu spüren. Dies hat sich sicher in den letzten Jahrzehnten etabliert. Viele

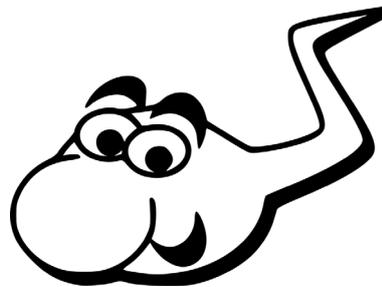
Menschen scheinen nicht das Gefühl zu haben, Einfluss auf Politik und Akteure nehmen zu können, von Wahlen abgesehen. Einen Grund sehe ich in dem stetig zunehmenden Lobbyismus der Industrie und Wirtschaft. Viele fühlen sich von diesem übergangen und nicht ernst genommen. Die Wirtschaft scheint die eigenen Interessen über die der Menschen zu stellen und Bürger*innen haben scheinbar kein Mitspracherecht.“ Die eigene Handlungsfähigkeit hängt demnach nicht ausschließlich von persönlichem Interesse ab, sondern vielmehr noch von dem Empfinden, tatsächlich etwas erreichen und verändern zu können. „Wenn Menschen spüren, dass sie Einfluss nehmen können und ein Umdenken stattfindet, werden sich

die Menschen auch wieder stärker beteiligen und partizipieren“, betont Ingenleuf. Auch Mendyka scheint überzeugt, dass (jungen) Menschen Friedensarbeit und Partizipation wichtig sind: „Generell bin ich nicht der Meinung, dass junge Leute nicht auch für friedenspolitische Themen zu begeistern sind. An vielen Hochschulen gibt es Studierende, die sich gegen Rüstungsforschung und für Zivildienst einsetzen. Auch an der Uni Bonn hat der Protest gegen die „Kissinger-Professur“ vor einigen Jahren hohe Wellen geschlagen. Außerdem gibt es viele gute Aktionen und Kampagnen, die sich gegen die gezielten Werbemaßnahmen der Bundeswehr gegenüber Minderjährigen richten.“

Unnützes Wissen

von **Nora Benz**

1. Rhabarber gilt in Europa als Gemüse, in Amerika als Obst.
2. Putin kann Klavier spielen. Manchmal singt er auch.
3. Laut Artikel 21 Absatz 1 Satz 2 der hessischen Verfassung ist die Todesstrafe dort noch immer erlaubt.
4. Die Berliner Feuerwehr ist 2013 in 48.514 Fällen umsonst ausgerückt.
5. Die Gesamtnutzfläche der Universität Bonn ist größer als der Vatikanstaat.
6. Väterlicherseits waren die Großeltern von Donald Trump Deutsche: das Ehepaar Drumpf aus der Pfalz.
7. Die Piratenpolitikern Marina Weisband nimmt unter dem Pseudonym 'Afelia' bei Live-Rollen spielen im Wald teil.
8. Zum G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 brachte die Delegation von Präsident George W. Bush M&Ms mit dem Logo des Weißen Hauses mit.
9. Die größte Spermabank bezahlt 30 Euro pro Spende. 80% der Spender sind Studenten.
10. Die Mafia ist das größte Wirtschaftsunternehmen Italiens. Sie macht doppelt so viel Umsatz wie Fiat.
11. (Ex-)Bundespräsident Joachim Gauck hat 4 Kinder, 12 Enkel und 4 Urenkel.
12. Willy Brandt hatte einen Papagei namens Rocco.
13. Die Kieler WG von Peer Steinbrück wurde 1972 von der Polizei gestürmt, weil eine RAF-Terroristin in der Wohnung vermutet wurde.
14. Konrad Adenauer antwortet auf die Gerüchte, sein Außenminister Heinrich von Brentano wäre homosexuell: „Was wollen Sie denn, meine Damen und Herren, bei mir hat er es noch nicht versucht.“
15. Kraken haben einen Lieblingsarm.
16. In den USA leben mehr Tiger in Privathaushalten als weltweit in freier Wildbahn.
17. Ein männliches Känguru heißt im Englischen 'boomer', das Weibchen ist ein 'flyer' und die Babys heißen 'joints'.
18. Verliebte Pinguin-Männchen geben Weibchen einen Kieselstein, wenn sie auf sie stehen.



Quelle: <https://cdn.pixabay.com/photo/2012/04/15/18/28/>

Die Lady und das Volk

Demokratie in Myanmar

von Marius Dute

„Wir lieben sie einfach“, sagt Kotoo und nippt an seinem gesüßten Tee, „sie ist eine von uns.“ Der 25-jährige Student sitzt auf einem alten Plastikstuhl in einem kleinen Café am Rande von Yangon, der größten Stadt Myanmars. Seit gut einer Stunde erzählt Kotoo voller Bewunderung von Aung San Suu Kyi, der neuen starken Frau an der Spitze des südostasiatischen Staates. Wie viele Unterstützer der populären Regierungschefin nennt er sie liebevoll „die Lady“. Mehr als ein Jahr ist es her, dass die ehemalige Oppositionsführerin mit ihrer „Nationalliga für Demokratie“ bei den Parlamentswahlen in Myanmar (ehemals

Burma) die absolute Mehrheit errang. Ihr historischer Triumph sendete nach mehr als fünf Jahrzehnten Militärdiktatur ein klares Zeichen des Aufbruchs; nicht ohne Grund wird der friedliche Machtwechsel oft mit der deutschen Revolution von 1989 verglichen. Wird der lange Weg der Demokratie in Myanmar ein ähnliches Ende finden?

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts stand Burma vollständig unter der Herrschaft des Vereinigten Königreichs. Die britischen Besatzer beendeten die Jahrhunderte alte Tradition der burmesischen Könige

und regierten das Land mit eiserner Hand, jede Art von Widerstand wurde von der Kolonialverwaltung brutal niedergeschlagen. Als im Zweiten Weltkrieg japanische Truppen das Land besetzten, formierte sich erstmals eine organisierte Widerstandsbewegung, die gegen das von den Japanern eingesetzte Kollaborationsregime kämpfte und die Unabhängigkeit Burmas forderte. Anführer dieser Gruppe war Aung San, gefeierter Nationalheld und Vater von Aung San Suu Kyi, eben jener Frau, auf der jetzt alle Hoffnungen liegen. Nach Kriegsende gelangte das Land vorübergehend wieder unter britische Herrschaft, die Kolonialverwaltung konnte die populäre Unabhängigkeitsbewegung jedoch nicht mehr ignorieren und entließ Burma schließlich am 4. Januar 1948 in die Unabhängigkeit. Aung San war bereits ein Jahr zuvor bei einem Attentat getötet worden. In den folgenden Jahren stabilisierte sich die neugegründete Burmesische Union kurzfristig, der demokratische Frieden währte jedoch nicht lang. Im Frühjahr 1962 verübte General Ne Win, ein ehemaliger Offizier des japanischen Marionettenstaats, einen Staatsstreich und übernahm zusammen mit anderen hochrangigen Militärs die Führung der Regierung. Ne Win festigte seine Macht durch die Ausschaltung seiner politischen Gegner und schottete das Land zugunsten eines burmesischen Sozialismus nahezu komplett vom Ausland ab. In der Folge brach die Wirtschaft zusammen, die Inflation stieg rasant an und Nahrungsmittel wurden knapp. Auf den wachsenden Widerstand der Bevölkerung reagierte das Militärregime mit Gewalt und Unterdrückung.

Zu besonders heftigen Ausschreitungen kam es im Jahr 1988. Nachdem die Regierung eine radikale Währungsreform verabschiedet hatte, die das Vermögen vieler Burmesen schlagartig entwertete, protestierten im Sommer des Jahres Hunderttausende friedlich auf den Straßen



Quelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Aung_San_Suu_Kyi_17_November_2011.jpg

Yangons gegen die Militärregierung. In ihrer ersten Rede vor dem symbolträchtigen Shwedagon-Tempel bekräftigte Aung San Suu Kyi die Forderungen des Volkes nach Freiheit und Demokratie und stieg zur nationalen Ikone auf. Der öffentliche Druck zwang Regierungschef Ne Win zum Rücktritt, doch nur wenige Wochen später stürzte einer seiner Vertrauten die zivile Übergangsregierung und rief das Kriegsrecht aus. Noch am selben Tag wurde die Demokratiebewegung zerschlagen, das Militär tötete 3000 Demonstranten und ließ tausend weitere festnehmen.

Ungeachtet dessen gründete Aung San Suu Kyi im September 1988 die „Nationalliga für Demokratie“, mit der sie als klare Siegerin aus den Parlamentswahlen 1990 hervorging. Das Militärregime, das den gesellschaftlichen Rückhalt der populären Oppositionsführerin massiv unterschätzt hatte, weigerte sich, das Wahlergebnis anzuerkennen. Erstmals blickte die Weltöffentlichkeit auf das isolierte Burma, das mittlerweile von der Militärregierung in Myanmar umbenannt worden war, und verhängte weitreichende Sanktionen. Die zu 15 Jahren Hausarrest verurteilte Aung San Suu Kyi wurde in Abwesenheit für ihren gewaltlosen Kampf für Demokratie und Menschenrechte mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Der Druck auf das Militärregime nahm in den folgenden Jahren zu. Um einem Bürgerkrieg zu entgehen, machte die Regierung mehr und mehr Zugeständnisse, offener Protest wurde aber weiterhin gewaltsam unterdrückt. Nachdem das Militär 2007 dutzende demonstrierende Mönche niedergeschossen hatte, entließ die Regierung Aung San Suu Kyi aus dem Hausarrest, um die Öffentlichkeit zu beschwichtigen. Suu Kyis Einfluss wurde jedoch weiterhin durch diverse juristische

Winkelzüge des Militärs begrenzt, so konnte die populäre Oppositionsführerin mit ihrer Partei erst bei den Parlamentswahlen im Jahr 2015 antreten. In einem Erdrutschsieg gewann die „Nationalliga für Demokratie“ 57% der Stimmen und damit die absolute Mehrheit der Sitze im Parlament. In ihrer Siegesrede appellierte Aung San Suu Kyi an die Einheit des Volkes und versicherte, den inneren Frieden des Landes wahren zu wollen.



Die internationale Staatengemeinschaft reagiert positiv auf den Wandel in Myanmar, die Sanktionen wurden gelockert und umfassende Programme zur Entwicklungshilfe bewilligt. Der demokratische Fortschritt macht das Land attraktiv für ausländische Investoren und verspricht einen wirtschaftlichen Aufschwung.

Erste Wolkenkratzer ragen stolz in den Himmel der Millionenstadt Yangon empor. Doch die junge Demokratie Myanmars sieht sich neben wirtschaftlichen Herausforderungen mit zahlreichen politischen und sozialen Problemen konfrontiert. In der nördlichen Shan-Provinz weigern sich Rebellen Gruppen noch immer,

den Staat anzuerkennen. Wiederholt kommt es zu Kämpfen zwischen den Aufständischen und Truppen der Regierung.

Aung San Suu Kyi steht unter massivem Druck. Auch, weil Kritiker ihr vorwerfen, sie würde nicht entschlossen genug gegen die Unterdrückung der muslimischen Minderheit durch radikale Buddhisten im Westen des Landes vorgehen. Zudem ist der Einfluss des Militärs nach wie vor groß, laut Verfassung steht den hochrangigen Offizieren noch immer ein Viertel der Sitze im Parlament zu. Ob sich „die Lady“ gegen diese Widerstände behaupten kann, wird sie in den folgenden Monaten unter Beweis stellen müssen.

Zurück in Yangon. Am Ende des Tages lädt Kotoo in das Haus seiner Familie ein. In der kleinen Wellblechhütte gibt es weder Strom noch fließend Wasser, vom wirtschaftlichen Aufschwung ist hier, eine Stunde vom Stadtzentrum entfernt, nur wenig zu spüren. Überschwänglich entschuldigt sich Kotoo für die Unannehmlichkeiten. Er erklärt, dass das Haus seiner Familie durch den verheerenden Wirbelsturm Nargis im Jahr 2008 schwer beschädigt wurde. Um den Wiederaufbau zu finanzieren, unterbrach er damals seine Ausbildung und arbeitete als Reinigungskraft in den wohlhabenderen Vierteln der Stadt.

Doch noch immer besteht das Dach des Hauses aus löchrigen Blechplatten und bietet nur wenig Schutz vor den tropischen Stürmen der Regenzeit. Von der neuen Regierung erhält die Familie bislang keine Unterstützung, Kotoo aber glaubt an Aung San Suu Kyi. Und daran, dass alles gut werden wird.

Kein TRiUMPh für die USA

Über die Risiken und Nebenwirkungen eines unerfahrenen Präsidenten im Zeitalter des Populismus

von **Karina Blumen**

Am 20. Januar 2017 ist Donald J. Trump als 45. US-Präsident und als womöglich unbeliebtester Kandidat in der Geschichte Amerikas ins Weiße Haus eingezogen. Sein Wahlkampf zeichnete sich als besonders emotional, politisch inkorrekt und kontrovers aus, indem er u.a. die Angst vor Terrorismus instrumentalisierte und Kritiker wie Kontrahenten verbal beleidigte und herabwürdigte. Zwar gewann er nicht die absolute Mehrheit der amerikanischen Wählerstimmen (Popular Vote), allerdings erhielt er durch Siege in wichtigen Bundesstaaten genügend Wahlmänner und -frauen, um im Electoral College letztlich die Wahl am 19. Dezember dank seiner höheren Zahl eigener Wahlleute (304 zu 227 für Hillary Clinton) für sich zu entscheiden.

„[...] A disaster for a democracy“, wie Trump selbst über Twitter noch 2012 das umstrittene Wahlsystem, welches ihm schließlich zum Sieg verhalf, polemisierte. Er ist offensichtlich ein Mann, der allein auf seine eigenen Vorteil bedacht ist. Ein politisch unerfahrener und somit auch sehr unberechenbarer Präsident befindet damit zukünftig über das gewaltige Nuklearwaffenarsenal der Weltmacht USA, die nun ihre „nuklearen Fähigkeiten erheblich verstärken“ müsse, so Trump Ende Dezember 2016, ebenfalls auf Twitter. Trumps Nutzung der sozialen Netzwerke und seine dortigen Provokationen und Kampfansagen, die immer noch an Wahlkampfzeiten erinnern, lassen an seiner Qualifikation für den Präsidenten-Job zweifeln. Sollte eine in arm und reich, schwarz und weiß, Trump-Wähler und Trump-Gegner gesplante Nation nicht durch einen Präsidenten wiedervereint werden? Trumps Wahlsiegesrede lässt darauf nur hoffen.

Dr. Enrico Fels, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Center for Global Studies

(CGS) der Universität Bonn, sieht den „Fiscal Overstretch“ als eines der größten innenpolitischen und wirtschaftlichen Probleme der USA. Die immer größer werdende Staatsverschuldung (2016: 19,5 Billionen USD) und die daraus resultierenden notwendigen Sparmaßnahmen kollidieren mit Trumps Versprechungen großzügiger Steuer-senkungen. Desweiteren konfliktieren notwendige fiskalische Einschränkungen zur Besserung des US-Haushaltes mit Trumps gewünschter militärischer Aufrüstung. Die inneren Verteilungskonflikte seien, so Dr. Fels weiter, mitverantwortlich für Amerikas langsame Schwächung als führende Weltmacht - und somit für die Unzufriedenheit der US-Bürger, denen ein Trump trotz großer Versprechen wohl nur schwerlich eine Verbesserung bringen wird.

*„Trumps politische Unerfahrenheit kann die Fragilität des bestehenden Systems erhöhen und zu unbeabsichtigten Konsequenzen führen.“
(Dr. Enrico Fels)*

Die enttäuschten Bürger der USA, getrieben von der Wut gegen das Establishment (und somit Hillary Clinton), verliehen der Wahl einen symbolischen Anti-Establishment-Charakter. Sie erhoffen sich mit Trump einen Kurswechsel der Politik herbei. Schon die Kabinetts-Aufstellung lässt an der Anti-Establishment-Strategie Trumps zweifeln: Viele alte, weiße, männliche Kandidaten - Banker, Anwälte, Generäle und Unternehmer bilden mit einem Vermögen von mehr als 14 Milliarden Dollar das reichste Präsidententeam der amerikanischen Geschichte.

Der Bau der Mauer an der Grenze Mexikos entlang, eine weitere popu-

listische Idee Trumps zur Behebung des Problems der illegalen Einwanderer aus Mexiko und Südamerika, wird er aus geographischen, finanziellen und logistischen Gründen nur schwer durchführen können - besonders deshalb, weil er die Mexikaner zur Zahlung der Mauer erst noch überreden oder den US-Steuerzahler direkt zur Kasse bitten muss. Wahrscheinlicher erscheint eine Modernisierung der bestehenden Grenzanlagen. Im Hinblick auf die Außenpolitik bedrohen unüberlegte, spontane Äußerungen und der aufbrausende Charakter des zukünftigen Präsidenten bei Provokationen und Konfrontationen die diplomatischen Beziehungen der USA zu anderen Ländern. „Trumps politische Unerfahrenheit kann die Fragilität des bestehenden Systems erhöhen und zu unbeabsichtigten Konsequenzen führen“, so Dr. Fels auch mit dem Blick auf die Gefahr von strategischen Fehlkalkulationen.

In der EU sei Vorsicht geboten, denn die Unberechenbarkeit Trumps macht auch die Einschätzung seiner außenpolitischen Entscheidungen schwierig. Wie wird sich beispielsweise die NATO weiterentwickeln und welche größeren Selbstkosten werden angesichts einer stärker auf amerikanische Interessen fokussierten Allianzführung auf die europäischen Bündnispartner zukommen? Aufgeben wird Trump die NATO sicherlich nicht, dafür ist sie nicht nur für die amerikanische Position in Europa zu bedeutsam. Auch eine zukünftige machtpolitische Bedrohung durch die russische Großmacht sowie den IS erfordern eine starke westliche Allianz der europäischen Länder mit den USA. Eine schwache, im Moment scheinbar nicht zu einer eigenen Armee fähige EU scheint angesichts dieser sicherheitspolitischen Heraus-

forderungen nach wie vor auf die militärische Führung der USA angewiesen. Ungewiss ist Trumps Beziehung zu Russlands Präsidenten Wladimir Putin. So hat Trump während seines Wahlkampfes wiederholt Putins Führungskraft gelobt. Beide haben einen intensiveren Dialog über die bilateralen Beziehungen ihrer Länder angekündigt. Welche Auswirkung dies auf den Syrienkrieg und den dortigen Kampf gegen den IS hat und wie sich Trump zu der von EU und USA bisher mit Sanktionen versehenen rechtswidrigen Krim-Annexion Moskaus äußert, bleibt zunächst ungewiss. Ein Moskau-freundlicher Kurs scheint sich unter ihm aber bereits abzuzeichnen - ein Kurswechsel, der ihn von den russlandkritischen Führungen in diversen europäischen Hauptstädten unterscheiden dürfte.

Was in den letzten Wochen und Monaten ebenfalls deutlich wurde, ist die China-kritische Haltung der Trump-Regierung. Trump könnte - anders als seine Vorgänger - einen offenen Handelskrieg und regionalen Machtkampf mit der Volksrepublik provozieren und dabei vielleicht eine russland-freundliche Politik zur Errichtung und Stabilisierung neuer Machtverhältnisse gegenüber China nutzen. Noch vor seiner Amtseinführung erschütterte Trump das teilweise angespannte, aber öffentlich wenig konfrontative und außenpolitische Verhältnis der USA zu China. Er demonstrierte seine Bereitschaft, mit der bisher von Washington vertretenen Ein-China-Politik zu brechen. Durch Äußerungen über Taiwans demokratischen Charakter sowie einem direkten Telefongespräch mit Taiwans Präsidentin stellte der außenpolitische Novize eine wichtige traditionelle Leitlinie amerikanischer Außenpolitik in Frage. „Es wird hier zukünftig auch öffentlich stärker um realistische Interessen

der USA gehen“, sagt Dr. Fels zu einem möglichen Richtungswechsel der US-Regierung. Öffentlicher Druck im demokratisch gesinnten Amerika sowie anti-chinesische Positionierungen einer Trump-Administration könnten die Beziehungen in den nächsten vier Jahren relativ schnell verschlechtern



- die Volksrepublik ist selbstbewusst und scheut eine Konfrontation mit Washington in Fragen des nationalen Interesses nicht. Die Frage lautet somit, ob sich die autokratische Führung Chinas mit einem außenpolitisch unerfahrenen Präsidenten Trump, der China wiederholt in Wahlkampfreden für einen großen Teil des hohen amerikanischen Aushandelsdefizits (2016: 320 Mrd. USD allein mit der Volksrepublik) direkt verantwortlich machte, zu einem diplomatischen und für beide Seiten tragfähigen Konsens über ihre zukünftigen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Beziehungen einigen kann oder ob sich der machtpolitische Konflikt - dessen Anfang bereits im Südchinesischen Meer ausgefochten wird - zwischen den Großmächten weiter zuspitzen wird.

Einen besonderen Fokus wird Trump zudem auf die Bekämpfung des islamistischen Terrors legen. Dabei wird

er zunächst gegen die Geldgeber der Terroristen vorgehen. „Eine unkritische Pro-Saudi-Arabien-Politik wie bisher wird so einfach wahrscheinlich nicht mehr vollzogen.“, argumentiert Dr. Fels, trotz Trumps massiver Kritik am Iran-Deal der Obama-Administration. So drohte der neue US-Präsident Saudi-Arabien bereits mit einem Abbruch der amerikanischen Ölimporte. Eine sowohl von Republikanern und Demokraten unterstützte anti-islamistisch und anti-terroristisch geplante US-Politik könnte unter Trump allerdings zu einem gefährlichen Einheitsbild gegenüber Muslimen führen, was sich bereits an Trumps im Wahlkampf eingeforderten Einreisestopps von Muslimen in die USA zeigte. Dr. Fels weist schließlich auch auf die Tendenz hin, dass mit episodenhaften, unilateralen Alleingängen der Vereinigten Staaten gegen den Terrorismus im Nahen und Mittleren Osten zu rechnen sei, die auch ohne Rücksichtnahme auf die UNO und auf geltendes Völkerrecht stattfinden könnten. Um den Kampf gegen den IS fortzuführen, dürfte Trump zudem die Regierung von Bashar al-Assad stabilisieren wollen, der zahlreiche Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen vorgeworfen werden.

Donald Trump wird sich als künftiger Präsident mit vielen bedeutenden innen- und außenpolitischen Problemen auseinandersetzen müssen. Dabei ist denkbar, dass die neue Regierung einen Kurs des Isolationismus und Protektionismus einschlagen wird, wobei der Fokus auf die inneren Probleme der USA und weniger auf den Demokratie-Export gerichtet sein dürfte. Eindeutig zu kurz kommen wird sicherlich der Umwelt- und Klimaschutz, denn nationale wie internationale Regelungen in dieser wichtigen Frage belasten die amerikanische Wirtschaft, die es aus Trumps Sicht

durch Befreiung von „störenden“ Re-
glements zu stärken gilt, was natürlich
auch auf sein Privatvermögen zutrifft.

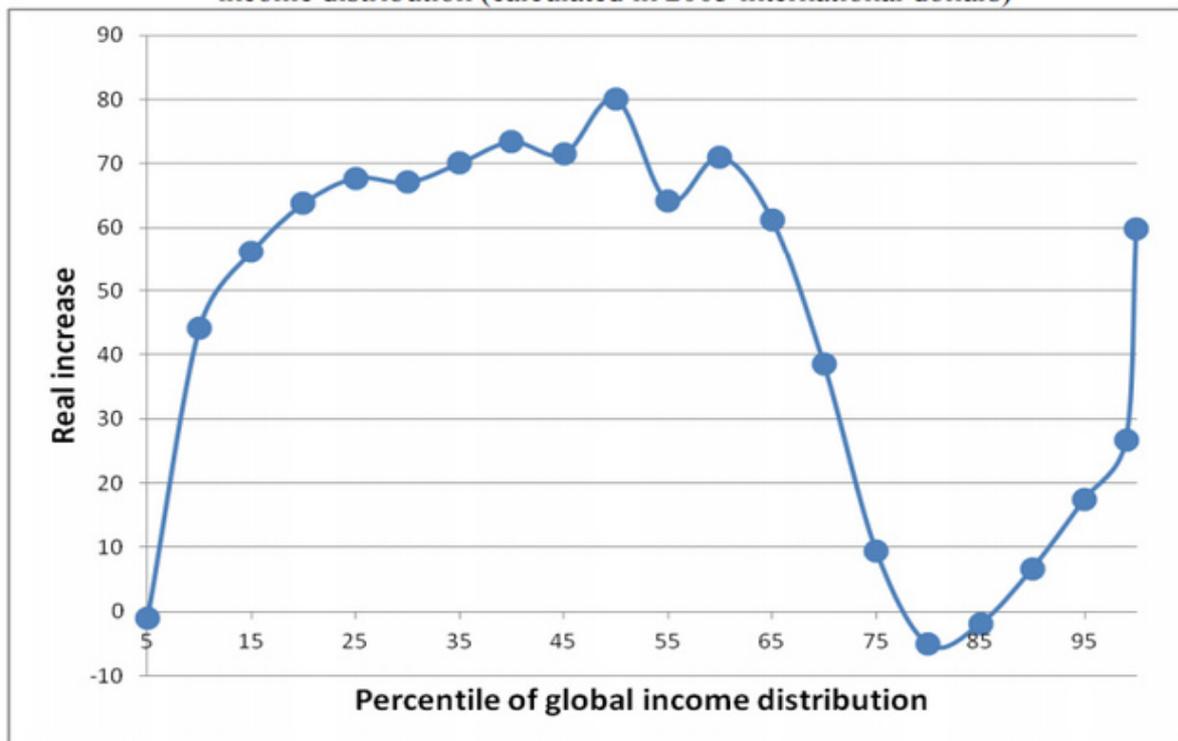
Der zukünftige wirtschaftliche Er-
folg der USA ist eng verbunden
mit Trumps politischer Zukunft.
Die Elefantenkurve des serbisch-ameri-
kanischen Ökonomen Branko Milano-
vic zeigt einen der Erfolgsgründe linker
sowie rechter Populisten, von Brexit-Be-
fürwortern, Wählern der AfD, Podemos
oder der Fünf-Sterne-Bewegung sowie

frenetischer Trump-Fans auf: Es sind die
Menschen der Unter- und Mittelschicht
in den westlichen Industrieländern, die
am wenigsten von der Globalisierung
profitiert haben. Die enttäuschten Bür-
ger entfremden sich vom liberalen Frei-
handelsmodell der etablierten Parteien,
welches sie zu Verlierern der Weltwirt-
schaftsentwicklung gemacht hat. Die
Bürger radikalisieren sich. Es ist jedoch
unklar, ob die Trump-Administration
in der Tat eine wahrnehmbare Verbesse-
rung für diese vielen Enttäuschten brin-

gen kann oder vielmehr nur durch leere
Versprechen an den Urnen überzeugen
konnte. Wenn Trump seine großmün-
dig verkündeten Versprechen von neu-
em wirtschaftlichem Wohlstand nicht
einlösen kann, die langjährige ameri-
kanische Führungsrolle im globalen
Freihandel beendet und zudem die
Beziehungen zu Amerikas wichtigstem
Handelspartner, welcher zeitgleich die
zweitgrößte Militärmacht der Welt ist,
verschlechtert - wen wählen diese wü-
tenden US-Bürger dann im Jahr 2020?

Mit freundlicher Unterstützung von Dr. Enrico Fels

Figure 4. Change in real income between 1988 and 2008 at various percentiles of global
income distribution (calculated in 2005 international dollars)



Quelle: http://www.finevs.ch/images/stories/Bildschirmfoto_2016-06-28_um_11.45.25.png

Wir wissen, dass wir nichts wissen

von Marius Dute

Donald Trump ist nicht normal. Zu dieser Erkenntnis dürfte inzwischen jeder durchschnittlich informierte Bürger gekommen sein, dreht sich der politische Diskurs in den Vereinigten Staaten doch seit Monaten um nahezu nichts anderes mehr. Es stimmt, der designierte US-Präsident ist kein gewöhnlicher Politiker. Trumps rassistische und frauenfeindliche Äußerungen im Wahlkampf schockierten Demokraten und Republikaner gleichermaßen. Er forderte die Bombardierung von Zivilisten, legitimierte völkerrechtswidrige Foltermethoden und bediente munter die faschistischen Phantasien der neuen Rechten. Donald Trumps schmutziger Wahlkampf stellte einen klaren Bruch mit den westlichen Wertvorstellungen dar, erwies sich aber als effektives Instrument im eiskalten Rennen um die Präsidentschaft. Der Donald kam, sah und siegte. Ja, Donald Trump ist nicht normal. Die an ihm im Vorwahlkampf der republikanischen Partei gescheiterten Kandidaten mögen dies nach Washingtoner Maßstäben vielleicht sein, ihre politischen Ansichten aber sind verhängnisvoll. Da ist zum Beispiel der texanische Senator Ted Cruz, der im Wahlkampf fortwährend gegen Abtreibungen, die Gleichstellung von Homosexuellen und die Trennung von Staat und Kirche predigte. Seit Jahren schon radikalisiert sich die republikanische Partei und vergiftet den politischen Diskurs. Kein Wunder also, dass Trump sich eben dieser Mittel im Wahlkampf bediente. Im Gegensatz zu seiner parteitreuen Konkurrenz handelt Donald Trump jedoch nicht aus politischer Überzeugung, sondern aus reinem Opportunismus. Trump wusste genau, welche Knöpfe er drücken musste, um die Oberhand im längst entschieden geglaubten Präsidentschaftswahlkampf zu gewinnen. Unmittelbar nach der

Wahl am 8. November distanzierte er sich von seinen radikalen Positionen und verkündete staatsmännisch, Präsident aller Amerikaner sein zu wollen. Wofür Donald Trump eigentlich steht, weiß nach diesem turbu-



lenten Wahljahr niemand so recht. Schon vor Donald Trumps Vereidigung ist wortfreudigen Kritikern klar: Im besten Fall erwartet die USA vier Jahre Stillstand, im schlimmsten Fall der dritte Weltkrieg. Doch Trump hatte, wie von Hillary Clinton immer wieder betont, noch nie ein politisches Amt inne. Wie der 45. Präsident der Vereinigten Staaten regieren wird, welche Ziele er verfolgt und welche Schwerpunkte er setzen wird, ist unklar. Jüngst machte Trump dem russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin per Twitter Avancen und löste damit eine Welle der Empörung aus. Es scheint, als prüfe der designierte US-Präsident die Tiefe der Wasser, die ihn umgeben; Trumps Unberechenbarkeit verwirrt Politik und Medien. Fakt ist wohl, dass wir erst nach seinem offiziellen Amtsantritt wissen werden, mit wem wir es eigentlich zu tun haben.

Und genau dieser Umstand gibt Anlass zu Hoffnung. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind das größte Business der Welt. Sie funktionieren nach gewissen Spielregeln, die der Geschäftsmann Donald Trump nicht einfach ignorieren kann. Der Präsident kann sich nicht hinter einem Twitter-Account verstecken. Er wird schwierige Entscheidungen treffen müssen, die unmittelbare Konsequenzen für ihn und Millionen Amerikaner haben werden. Dieses Maß an Verantwortung kann ein Mann allein nicht tragen. Aus diesem Grund wird Trump zur Zusammenarbeit mit Republikanern und Demokraten gezwungen sein und seine Unberechenbarkeit schnell abgelegt werden müssen. Dies gilt auch auf dem internationalen Parkett. Der Präsident Trump wird sich aller Voraussicht nach grundsätzlich vom Wahlkämpfer Trump unterscheiden. Und wer weiß, vielleicht wirkt sich ein Politikwechsel in Washington entgegen aller Erwartungen positiv auf die US-amerikanische Wirtschaft, die gesellschaftlichen Probleme des Landes und die ohnehin schon angeschlagenen internationalen Beziehungen aus. Doch auch wenn Donald Trump versuchen sollte, jene destruktive Politik umzusetzen, die er im Wahlkampf so großspurig angekündigt hatte, wird seine Wählerschaft schnell einsehen müssen, dass ihre Symbolfigur kläglich an dem Versuch scheitert, die Zeit zurückzudrehen. Und vielleicht wird der selbstgefälligen demokratischen Partei, die sich ihres Sieges so sicher war, dann endlich klar, dass Werte und Normen in einer liberalen Demokratie immer wieder aufs Neue erkämpft, verteidigt und weiterentwickelt werden müssen. Alles ganz normal eben.

Zurück in die prädigitale Zukunft?

von **Nora Benz**

2016 war ein nervenaufreibendes Jahr, aus vielerlei Perspektive – auch aus der der Universitäten. Zum Ende des Jahres wurde verkündet, dass aufgrund von „veränderten Nutzungsrichtlinien für urheberrechtlich geschützte Texte“, sämtliche Texte von eCampus zu entfernen sind. Dies betrifft Vorlesungen, Übungen und Seminare der Universität Bonn und andere Hochschulen.

Die Diskussion um das Urheberrecht hatte unter Studierenden und Lehrenden für erhebliche Unruhen und leichte Panikattacken gesorgt. Wie soll man Studierende in Zukunft mit passender Literatur versorgen? Müssen Studierende künftig wieder wie in prädigitalen Zeiten stundenlang vor den Kopiergeräten verbringen?

In erster Linie ging es bei der Diskussion darum, zu klären, wie die Nutzung von digital bereitgestellten Texten in Zukunft vergütet wird. Bisher zahlten die Länder

Pauschalabgaben an die VG Wort (Verwertungsgesellschaft Wort), welche das Geld im Namen der Urheber einkassierte. Doch laut eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts muss dafür eine neue



Lösung gefunden werden. Zwischenzeitlich hatten sich deshalb Kultusminister und VG Wort auf eine Einzelabrechnung geeinigt. Dieser zufolge sollte per

Studierendem, Textseite und Semester abgerechnet werden. Da diese „Lösung“ den Hochschulen zu kompliziert und bürokratisch war, boykottierten viele den neuen Vertrag und mussten so verkünden, dass Studierende ab dem neuen Jahr wieder auf Fotokopien zurückgreifen müssen.

In der Folge wurde der Unmut unter den Studierenden immer größer: Petitionen wurden unterschrieben und auf den Straßen wurde protestiert.

Quasi als „Weihnachtsgeschenk“ für alle Studierenden und Lehrenden konnte man sich kurz vor der Weihnachtspause dann doch noch einigen: Die pauschale Abgeltung der Ansprüche der VG Wort soll vorerst bis September 2017 fortgeführt werden. Das bedeutet zunächst ein Aufatmen aller Beteiligten der Universitäten. Doch vom Tisch ist das Thema noch nicht.

Quelle: <https://ecampus.uni-bonn.de/iliass.php?baseClass=ilrepositorygui&reloa>

Magazin

Aktuelles

§ 52a Urheberrechtsgesetz vorerst weiter anwendbar

Es müssen bei eCampus oder sonstigen digitalen Speicherorten aktuell keine Löschungen zum 31. Dezember 2016 vorgenommen werden. Eine gemeinsam von Hochschulrektorenkonferenz, Kultusministerkonferenz und VG Wort eingesetzte Arbeitsgruppe hat eine Übergangslösung erzielt, die es erlaubt, bis zum **30. September 2017** Schriftwerke weiterhin wie bisher nach Maßgabe von § 52a UrhG in Ihren aktuellen eCampus-Kursen zu nutzen.

Weiterhin können Sie sich mit Fragen gerne an die E-Mail-Adresse urheberrecht@ulb.uni-bonn.de wenden.

[Weitere Informationen](#)

[Häufig gestellte Fragen zum Thema Urheberrecht](#)

Wir sind jetzt auch auf Facebook zu finden!

<https://www.facebook.com/ecampusunibonn>

Schulungsangebote WS 2016/17

Das eCampus-Team bietet regelmäßig und verstärkt zum Semesterstart Schulungen zu bestimmten Werkzeugen und Services an. Darüber hinaus stehen wir selbstverständlich auch für individuelle Schulungen und Beratung zur Verfügung.

[Zu "Schulungsangebote WS 2016/17"](#)

Ganz objektiv gesehen

Vom Ideal der Objektivität

von **Debora Eller**

Vor Kurzem saß ich in einer sehr vorbildlichen Soziologie-Übung, denn es wurde mal wieder leidenschaftlich über die Sinnhaftigkeit einer Theorie diskutiert. Als unsere Debatte ihren dramaturgischen Höhepunkt erreicht hatte, meldete sich ein Kommilitone zu Wort, offenbar mit der naiven Hoffnung, die erhitzte Diskussion zu beenden: „Jetzt mal ganz objektiv gesehen, ...“ Ganz objektiv gesehen gab es jedoch im weiteren Verlauf der Stunde immer noch mindestens so viele Meinungen, wie es Anwesende gab. Haben ich und meine Kommiliton*innen in Sachen Objektivität versagt?

Der Begriff „Objektivität“ hat in der Geschichte so einige Bedeutungswandel durchlaufen. Heute ist mit „objektiv“ eine vom Subjekt unabhängige Beurteilung oder Beobachtung von Ereignissen oder Gegenständen gemeint. Ergebnisse einer objektiven Bewertung sollen allgemeingültig sein. Deswegen ist Objektivität das Leitprinzip der Wissenschaft, auch um sie ideologiefrei zu halten. Der Philosoph Kant spricht von apriorischen Begriffskategorien, welche unabhängig von persönlichen Erfahrungen von Geburt an in den Menschen verankert seien und objektive Erkenntnisse ermöglichen. Das hieße aber, dass jede*r meiner Kommiliton*innen Theorie XY gleich bewerten würde und alle anderen Menschen auch. Hier zeigt sich aber schon der Denkfehler der Objektivität. Menschen, die Soziologie studieren, geben natürlich eine vollkommen andere Einschätzung zu einer soziologischen Theorie ab, als ihre Mitmenschen. In diesem Kontext bewerten wir angehenden Soziolog*innen sie mit einem gewissen Hintergrundwissen und unserer Erfahrung, also genau mit dem, was Kant aus der Objektivität raushalten wollte. Zudem geben wir verschiedene Einschätzungen ab, weil wir nicht nur in der sozialen Rolle „Student*in“, sondern auch in anderen Rollen existieren, beispielsweise

„Freund*in“. Persönliche Erlebnisse spielen immer in unsere Bewertungen hinein, denn sie prägen auch unsere Persönlichkeit und sind nicht einfach auszuschalten. Würde man also ein Baby nach seiner Einschätzung zu Theorie XY



fragen (hier ignorieren wir mal die fehlenden Sprachkenntnisse), so würde es nicht etwa auf Kants gedachte Begriffskategorien zurückgreifen, sondern wäre mangels Erfahrung und Wissen komplett überfordert.

Die Neurobiologie behauptet indes, dass Objektivität unmöglich sei, da jedes Individuum sich durch neuronale Prozesse seine eigene Welt schaffe. Eine subjektunabhängige Bewertung wäre somit unmöglich und auch eine pauschale Allgemeingültigkeit scheint im Angesicht der Geisteswissenschaften eher utopisch - siehe Theoriepluralismus. Was diese angeht, so ist eher eine Übersubjektivität realisierbar. Das heißt, dass ich anderen Menschen ermöglihe, meine Erkenntnisse nachzuvollziehen. Der Mathematiker und Philosoph Charles Peirce geht sogar so weit, zu behaupten, dass Menschen die Realität nicht fassen könnten, sondern nur Zeichen wahrnehmen und interpretieren könnten. Etwas als objektiv zu bezeichnen, kann also nur eine Behauptung bleiben, welche darauf fußt, dass man Objektivität als notwendiges,

aber unmögliches Ideal hochhält. Man kann nicht wissen, was wahr und objektiv ist, denn die Welt ist in ihrer Gänze nicht fassbar. Die Menschen ordnen sie nur ihren konstruierten individuellen Kategorien unter.

Ganz zufriedenstellend ist das aber nicht. Denn Objektivität ist beispielsweise bei der Suche nach Literatur für eine Hausarbeit trotz alledem ein ausschlaggebendes Kriterium. Wenn eine Umweltstudie von einem Mineralölunternehmen finanziert wurde, will ich diese vielleicht lieber nicht in meinem Quellenverzeichnis haben. Experimentelle Ergebnisse gewinnen an Verlässlichkeit und Bewährtheit, wenn sie unabhängig geprüft und mehrmals wiederholt worden sind. Der Philosoph Karl Popper bezeichnete dies als intersubjektive Überprüfbarkeit. Annahmen über die Welt könnten - ihm zufolge - zwar nicht begründet werden, aber dennoch wahr sein. Objektive Naturgesetze sind beispielsweise nicht erklärt (Wie funktioniert Gravitation?), vielmehr sind sie konventionell, da einige Wissenschaftler*innen sich übersubjektiv auf sie einigen konnten.

Für meine Hausarbeit heißt das konkret, dass ich die Umweltstudie vergessen kann, wenn ihre Ergebnisse nicht mit dem Großteil anderer Studien vereinbar sind. Die Soziologie spricht hier übrigens von Durchführungs-, Auswertungs-, und Interpretationsobjektivität. Objektivität scheint also immer noch die Zielvorstellung zu sein und genau das sollte sie auch bleiben. Auch wenn wir in Wahrheit nur eine Übersubjektivität erreichen, brauchen wir das Objektive als Idealtypus. Denn nur so kann man in der Soziologie-Übung kurz innehalten, so viel persönlichen Einfluss wie möglich abstreifen und sich einbilden, die Theorie XY nun ganz klar und unvoreingenommen zu betrachten. Aber halt! War die Theoretikerin nicht auch subjektiv?

Meinungsbild: Die Wahl des Bundespräsidenten 2017

von Finn Hagemann und Nora Benz

„Ich mag den Steinmeier nicht so arg. Er spricht immer so komisch und so abgehackt. Das ist immer so anstrengend.“

„Ihr erwischt mich gerade auf dem kalten Fuß. Ich kann nicht viel dazu beitragen, weil meine Gedanken noch immer bei der Amerika-Wahl sind. Aber das Gefühl, dass ich von mir selbst kenne und das in meinem sozialen Umfeld ganz stark kommuniziert wurde, ist der Schrecken davor, was passieren kann und wie es weitergehen kann. Ich habe von vielen Seiten gehört, und das Gefühl kenne ich eben auch, dass es ein Wahnsinn ist, was 2016 politisch passiert ist. Da waren ja genug Katastrophen dabei. Und, was heißt das für uns? Was kann bei uns passieren? Wer kann bei uns gewählt werden und was heißt das für mich und mein politisches Engagement? Ich fand auch spannend, dass bei mir im Umfeld jetzt zum Beispiel viele in Parteien eingetreten sind, als Reaktion auf die Trump-Wahl, weil sie gesagt haben: Ich muss tätig werden. Denn offensichtlich, wenn ich es nicht tue, kann so etwas passieren.“

„Er kann sich ja das Amt aussuchen. Lammert hätte ich bevorzugt. Wäre wohl kompetenter. Überparteilicher auch.“

„Ich finde Steinmeier eigentlich ganz gut. Allgemein finde ich auch nicht, dass es so viele Alternativen gibt. Also er ist letztendlich der Einzige, der eine Chance hat und bei dem es realistisch ist, dass er Bundespräsident wird.“

„Steinmeier als Bundespräsident geht ganz in Ordnung, weil er ein hohes diplomatisches Geschick hat, das man -denke ich - in dem Amt auf jeden Fall braucht.“

„Ich muss tatsächlich sagen, dass ich Steinmeier zwar geeignet finde für diesen Posten, allerdings hätte ich ihn auch gerne weiterhin in einem anderen Amt gesehen da ich ihn dafür qualifizierter halte und denke, dass ein Konsenskandidat der Bundespräsidentenwahl auch durch eine andere Persönlichkeit ausgedrückt werden könnte.“

„Von Steinmeier halte ich überhaupt nichts. Weil er hat damals die Harz-IV-Verbrechen erst angeleiert als Kanzleramtskandidat. Und Agenda-Verbrecher unterstütze ich nicht, weil das ein Verbrechen an der Menschheit ist. Butterwegge ist einer der renommiertesten Professoren den wir haben. Und ich denke er ist der einzige, der auch die Wahrheit sagt.“

„Grundsätzlich finde ich den Steinmeier sehr geeignet, weil er als Außenminister schon viele Kontakte gebunden hat und diese auch im Amt als Bundespräsident gut nutzen kann. Ich denke auch, dass er jetzt in einer Zeit, in der Europa in der Kritik steht, eine relativ objektive Meinung hat.“

„Ich hätte Lammert aber besser gefunden. Ich bin katholischer Theologie-Student und Lammert vertritt eben sehr gut christliche Werte. Dass Lammert in der Gesellschaft christliche Werte eingebracht hätte, hätte ich gar nicht mal so schlecht gefunden. Ich finde auch allgemein, dass er eine sehr würdige Ausstrahlung hat. Also, ich hätte mir ihn gut vorstellen können.“



„Ich habe keine Ahnung. Ich weiß, dass der Steinmeier jetzt gewählt werden soll. Ich finde das ist ein guter, ein sympathischer Politiker. Aber ich wäre auch nicht skeptisch gewesen, wenn der Gauck weiter gemacht hätte. Ich bin ganz froh, dass ich jemanden vor Augen habe und weiß, wer das ist. Steinmeier, Lammert, Gauck, alles defte Kerle.“

„Den Steinmeier finde ich eigentlich noch am besten, weil er meiner Meinung nach einen realistischen Blick auf die ganze Sache hat.“

„Dazu kann ich gar nichts Richtiges sagen. Keine Ahnung. Damit habe ich mich wirklich null befasst. Ob der Steinmeier fähig ist oder nicht, ist auch traurig merke, ich gerade.“

„Ich finde, der Bundespräsident sollte vom Volk gewählt werden. Und der Steinmeier, denke ich, ist ein besserer Bundespräsident als ein Außenminister. Als Außenminister war er mir immer zu diplomatisch. Und so hätte er repräsentative Aufgaben. Das kann er, da kann er nicht so viel falsch machen.“

„Aber die Schwarzen hatten ja auch keinen Gegenkandidaten. Ich denke, dass haben die im Vorfeld schon untereinander ausgemacht.“

„Eigentlich wissen wir alle wer Bundespräsident wird. Aber der Bundespräsident hat auch keine gigantische Funktion hier in Deutschland. Deshalb geht mir das ziemlich am Arsch vorbei.“

Freiheit vs. Sicherheit

Islamismus als Extremismusform

Da die zweite Veranstaltung des Ringseminars unserer Fachschaft mit dem Titel „Islamismus als Extremismusform?“ abgesagt werden musste, soll das folgende Interview mit dem Generalsekretär der IGMG, Bekir Altaş, eine Antwort auf offengebliebene Fragen bieten.

von der Fachschaft Politik und Soziologie

Da vonseiten der Studierendenschaft Kritik aufkam, die zweite Veranstaltung des Ringseminars sei zu einseitig, da nach kurzfristigen Absagen anderer Referierender kein Gegenpol zu Bekir Altaş, dem Generalsekretär der IGMG, auf dem Podium gestanden hätte, wurde die Veranstaltung abgesagt. Die 'Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e.V.' wurde über mehrere Jahre wegen der Förderung einer „Demokratiedistanz“ sowohl vom Bundesamt für Verfassungsschutz als auch von mehreren Landesämtern beobachtet. Darüber hinaus wurden ihr antisemitische und antizionistische Positionen vorgeworfen. Wir haben uns daher entschieden, die Veranstaltung mit Bekir Altaş nicht stattfinden zu lassen, wollten ihm jedoch die Möglichkeit geben, auf einige Fragen der Studierendenschaft einzugehen.



Quelle: https://www.igmg.org/wp-content/uploads/2015/08/bekir_altaş_generalsekretar1.jpg

Herr Altaş, vielen Dank für Ihre Bereitschaft, sich mit den Fragen der Studierenden auseinanderzusetzen. Im Folgenden haben wir einige Fragen aus der Fachschaft Politik und Soziologie zusammengestellt. Diese beschäftigen sich sowohl mit dem Thema „Islamismus als Extremismusform“, als auch mit der Position der Islamischen Gemeinde Millî Görüş (IGMG) als muslimische Gemeinde. Was verstehen Sie unter Extremismus? Was verstehen Sie unter Islamismus?

Unter Extremismus verstehe ich Einstellungen und Bestrebungen, die sich an den äußersten Rändern des politischen oder weltanschaulichen

Spektrums bewegen und aufhalten. Den Begriff „Islamismus“ lehnen wir aus mehreren Gründen ab. Zum einen ist dieser Begriff sehr geeignet, pauschal Vorurteile gegen Muslimen und den Islam zu schüren. Nur weil manche Personen meinen, ihre teilweise kranken Vorstellungen von Religion abgeleitet zu haben, müssen wir deren Selbstverständnis nicht begrifflich übernehmen. Wir würden niemals vom christlichen Terror reden, weil wir wissen, dass es nicht von der Religion abgeleitet ist. Diese Selbstverständlichkeit muss sich auch im Kontext des Islams etablieren und der Begriff „Islamismus“ verhindert das. Zum anderen lehnen wir diesen Begriff ab, weil es nicht defi-

niert ist und er inzwischen zum Spielball rechter Gruppierungen geworden ist.

Wenn wir nun über Islamismus als religiösen Extremismus sprechen, wie kann sich der Islam bzw. die muslimische Gemeinschaft gegen den Islamismus wehren? Wie kann sich die deutsche Gesellschaft wehren?

Vorab sollten wir festhalten, dass keine Religion davor gefeit ist, missbraucht zu werden. Ob es der Islam, das Christentum, der Hinduismus oder andere Religionen sind, sie alle werden überall auf der Welt für extremistische Zwecke täglich missbraucht. Was wir gegen diesen Missbrauch tun

können, unterscheidet sich nicht wesentlich von dem, was die Kirchen und andere Religionen auch tun: wir klären auf und geben den Menschen eine solide religiöse Grundausbildung mit, damit sie immun sind gegen die Fänge von Extremisten. Im Gesellschaftskontext bedeutet dies, dass wir Menschen nicht aus der Mitte ausschließen. Wer keinen Platz in der Mitte findet, geht zwangsläufig an den Rand, wo sich Extremisten tummeln.

In einer religiösen Gemeinschaft gibt es unterschiedliche Ausprägungen und Auslegungen des Glaubens. Wie stark unterscheidet sich das religiöse Verständnis der Menschen in der IGMG?

Die IGMG gehört zu den größten Islamischen Religionsgemeinschaften in Deutschland und sie ist die einzige Gemeinschaft, die sich nicht nur in Deutschland beheimatet sieht, sondern in ganz Europa. Wir unterhalten zahlreiche Moscheen, Bildungseinrichtungen und sonstige Vereine in europäischen Ländern und sogar in Kanada oder Australien. Wir haben Mitglieder mit unterschiedlichsten religiösen Hintergründen und Einstellungen. Das ist alles andere als homogen.

Gibt es in der IGMG auch Menschen mit islamistischem bzw. extremistischem Gedankengut? Wenn ja, wie geht man mit diesen Menschen um? Was kann die IGMG tun, um sich als muslimische Gemeinschaft vom Islamismus abzugrenzen?

Die IGMG ist eine Religionsgemeinschaft mit jahrzehntelanger Tradition und gefestigten Strukturen. Menschen mit extremistischen Einstellungen würden sich in unseren Moscheegemeinden nicht heimisch fühlen, umgekehrt würden unsere Gemeindemitglieder sofort aktiv werden und so jemandem schnell helfen, seine extremen Vorstellungen abzulegen. Die Abgrenzung von extremistischen Einstellungen ist also kein aktiver Prozess, der angestoßen werden müsste, sondern ein Teil unseres Selbstverständnisses als Muslime. Für uns ist der Islam eine Religion der Barmherzigkeit und nicht der Gewalt.

„Die Mitglieder der IGMG pflegen ihre Beziehungen zu ihren Herkunftsländern, sie betrachten sich aber auch als fester und dauerhafter Teil der hiesigen Gesellschaft. Insofern ist es ureigenes Interesse der IGMG, sich für gesellschaftliche Harmonie und Wohlfahrt einzusetzen.“ (Quelle: Islamische Gemeinschaft Milli Görüş e.V.: Selbstdarstellung, <https://www.igmg.org/selbstdarstellung/>, aufgerufen am 19.01.2017)

Wie kann zugleich eine enge Verbindung zu den Herkunftsländern gehalten werden und eine Identifikation mit der hiesigen Gesellschaft geknüpft werden? Durch welche Maßnahmen kann die IGMG diesen Prozess unterstützen?

Auch dieser Prozess ist nicht aktiv, sondern gedeiht auf eine ganz natürliche Weise. Wir leben in einer zunehmend globalen Welt. Berlin mit der Bahn ist für uns genauso weit wie Istanbul mit dem Flieger. Das Leben in mehreren Städten gehört bereits zum Alltag, das Leben in mehreren Ländern zunehmend auch. Insofern verwundert uns mehr die Verwunderung darüber, dass sich Menschen in mehreren Ländern zu Hause fühlen können. Das ist doch selbstverständlich. Wir lassen die Menschen ja auch nicht zwischen der Mutter und dem Vater entscheiden. Ähnlich verhält es sich mit Ländern, wenn man zu beiden eine Beziehung pflegt.

Von einigen Wissenschaftlern und auch durch den Verfassungsschutz wurde der IGMG zwar kein militanter, jedoch ein legalistischer Islamismus zugeschrieben. Zu diesem Thema wurden uns von vielen Studierenden Fragen zugesandt, die wir Ihnen im Folgenden gerne stellen würden.

„Der Verfassungsschutzbericht äußert sich erstmals vorsichtiger zur "Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş". Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen stellte in Aussicht, dass die Organisation aus der Beobachtung fallen könnte.“ (Quelle: Dernbach, Andrea, in Tagesspiegel online: „Milli Görüş“ könnte aus

der Beobachtung herausfallen“, vom 30.06.2015, aufgerufen am 19.01.2017)

Die IGMG stand jahrelang in verschiedenen Verfassungsschutzberichten und wurde durch diesen beobachtet. Warum wird sie heute, zwar nicht mehr so intensiv, aber weiterhin beobachtet? Inwiefern haben sich die Positionen der IGMG geändert?

Es ist nur eine Frage der Zeit, dass die IGMG auch in den verbleibenden Verfassungsschutzberichten nicht mehr erwähnt wird. Das ist eher eine politische und weniger eine sicherheitspolitische Frage. Der Politik fällt es schwer, ihre jahrzehntelange Position zur IGMG von heute auf morgen über Bord zu werfen. Selbstverständlich hat sich auch die IGMG geändert im Laufe der Zeit und ist heute anders als noch vor zehn oder zwanzig Jahren. Das ist ein natürlicher Wandel und kein gelenkter.

Bei der Beurteilung der IGMG von Seiten der Verfassungsschutzämter ist jedoch entscheidend gewesen, dass in all den Jahren der Beobachtung tatsächlich nichts zählbares herauskam, was auf Verfassungsfeindlichkeit hindeuten könnte. In Fachkreisen wird die Beobachtung deshalb schon seit vielen Jahren kritisiert.

Auf der Seite des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg findet man folgendes Zitat: „Die IGMG ist Teil der „Millî Görüş“-Bewegung (...). Ihr Ziel ist eine auf dem Islam basierende „Gerechte Ordnung“ (hak düzen), die langfristig alle anderen, als „nichtig“ (batil düzen) bezeichneten politischen Systeme ablösen soll.“ (Quelle: Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg: Islamische Gemeinschaft Milli Görüş e.V., <http://www.verfassungsschutz-bw.de/Lde/Startseite/Arbeitsfelder/IGMG>, aufgerufen am 19.01.2016)

Was ist für die IGMG eine gerechte Ordnung und was sind nichtige Systeme?

Diese Frage müssen Sie dem Landesamt für Verfassungsschutz in Baden-Württemberg stellen. Bei der zitierten Passage handelt es sich um eine Bewertung des Verfassungsschutzes und nicht um eine Position der IGMG. Dieses Zitat ist aber ein gutes Beispiel dafür, wie dünn und abwegig die Begründung für die IGMG-Beobachtung ist.

In den Jahren 2008 und 2009 wurden Großrazzien durchgeführt, weil gegen den damaligen Generalsekretär Oguz Ücüncü der IGMG wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung, Spendenbetrugs und Steuerhinterziehung ermittelt wurde. Im Jahr 2010 wurde die Internationale Humanitäre Hilfsorganisation (IHH) von Innenminister De Maizière verboten, weil sie mehrere Millionen Euro an die Hamas gespendet haben soll. Die IGMG soll enge Verbindungen, auch in der Führungsebene (z.B. Mustafa Yoldas), zu dieser Organisation gehabt haben.

Was sagen Sie zu diesen Negativschlagzeilen? Existieren Verbindungen zur Hamas oder in den kriminellen Raum?

Was tut die IGMG, um sich davon zu entfernen?

Es ist auch heute noch ein Skandal, wie mit der IGMG und einzelnen Funktionären damals umgegangen wurde. Wer sich die Mühe macht und schaut, was aus diesem Bündel an Vorwürfen übriggeblieben ist, wird staunen. Am Ende ist es aber leider immer noch so, dass die Anschuldigung hängenbleibt und nicht der Ausgang dieser Verfahren.

Zur IHH müsste man eigentlich weit aushohlen, ich werde mich aber kurzfassen. Die IHH wurde nicht verboten, weil sie die Hamas unterstützt hat, sondern weil das Gericht meint, die IHH habe mit den humanitären Hilfsgütern – das waren Lebensmittel, Bekleidung und Lehrmaterialien für Schüler – für die Bedürftigen in der Region die Hamas entlastet. Diese Rechtsprechung ist einmalig und bis heute umstritten, weil mit dieser Begründung jede Hilfslieferung in die Region praktisch unmöglich gemacht wird. Egal, was man für die Menschen dort tun: Es kann so ausgelegt werden, als würde man damit zugleich auch die

Hamas unterstützen, weil man ihr quasi Arbeit abnimmt, sich selbst um die Menschen zu sorgen. Diese Begründung ist natürlich Unsinn und das letzte Wort in dieser Sache noch nicht gesprochen.

Inwiefern würden Sie sich zu einer neuen Generation der IGMG zählen, die mehr für eine Öffnung und Loslösung von der Milli Görüş Bewegung in der Türkei steht?

Wir haben immer wieder betont, dass wir weder eine Öffnung noch eine Loslösung anstreben. Uns ist eine natürliche Entwicklung sehr wichtig. Alles andere wäre bei einer so heterogenen Gemeinschaft wie der IGMG kaum möglich und wahrscheinlich auch nicht gesund. Selbstverständlich ändern sich Menschen und mit ihnen bestimmte Einstellungen im Laufe der Zeit. Ich denke und fühle sicherlich anders als die Gründergeneration in den Sechzigern und Siebzigern. Die Generation nach mir wird ebenfalls anders sein und das ist auch gut so.

Vielen Dank für das Interview.

Quelle: <http://maxpixel.freepresspicture.com/static/photo/1x/Symbol-Paper-Write-Writing->





Politicum • Impressum

Das **Politicum** ist die Zeitschrift der Fachschaftsvertretung am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Es erscheint seit 30 Jahren unregelmäßig, aber immer mal wieder.

Die in den einzelnen Artikeln vertretenen Meinungen spiegeln nicht die Ansicht der Redaktion oder der Fachschaft Politik und Soziologie wider. Die Autor*Innen sind für den Inhalt ihrer Beiträge ausschließlich selbst verantwortlich.

REDAKTIONSANSCHRIFT
 Fachschaft Politik und Soziologie
 Redaktion Politicum
 Am Hofgarten 15
 D-53113 Bonn
 politicum@fs-sozpol.de
 www.fs-sozpol.de

ERSCHIENEN
 04. Februar 2017

HERAUSGEGEBEN VON
 Fachschaft Politik und Soziologie

CHEFREDAKTEURIN (V.i.S.d.P.)
 Nora Benz

DRUCK
 Universitätsdruckerei der Universität Bonn,
 Auflage: 250

LAYOUT
 Nora Benz, Aileen Völlger

TITELBILD
 Nora Benz (Motiv: wikimedia.org)

MITARBEIT
 Fachschaft Politik & Soziologie

MIT BEITRÄGEN VON
 Nora Benz, Jennifer Bickhofe, Karina Blumen, Magnus Bolten, Marius Dute, Debora Eller, Finn Hagemann, Jule Hoffmann, Katharina Hueske, Janosch Ptassek, Gian Luca Rausch, Miriam Schmidt, Nurefsan Sereflican, Christiane Suchanek, Aileen Völlger

